Freitag, 18. Mai 1923. **Einzelnummer 400 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 110.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M. Reklameteil. 750.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M. „ Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die oberschlesische Bergwerksindustrie.

Im Heft 16/17 der vom Ministerium für Industrie und Handel sowie vom Finanzministerium gemeinsam herausgegebenen Wochenschrift: „Przemysl i Handel“ befindet sich ein Aufsatz des Bergrates Dr. Geisenheimer über die oberschlesische Montanindustrie und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Die „Kattowitzer Ztg.“ veröffentlicht eine etwas gekürzte Verdeutschung dieser wichtigen Darlegung:

Nur an wenigen Punkten der Erde hat die Natur so gewaltige und mannigfache Bodenschätze auf engem Raum entstehen lassen wie in Oberschlesien. Trotzdem ist das oberschlesische Land erst spät in die Reihe der großen europäischen Industriebezirke eingetreten. Während in England, in Westfalen, im Harz, in Sachsen, in Tirol, in Steiermark und in Böhmen sich schon ein lebhafter Bergbau entwickelt hatte, lagen, abgesehen von einer vorübergehenden Blütezeit des Tarnowitzer Bergbaus auf Silber und Blei im 16. Jahrhundert, die unterirdischen Bodenschätze Oberschlesiens ungenutzt. Schuld daran war, daß Oberschlesien damals infolge seines mageren Bodens und rauhen Klimas ein schwach bevölkertes Land war, dessen weite Flächen Wald bedeckte. Dazu kam, daß das Land in viele politische Wirren hineingezogen wurde, die es zum Tummelplatz unaufhörlicher Erb- und Grenzstreitigkeiten machten und zu keiner ständigen Ruhe und Ordnung kommen ließen, ohne die eine gedeihliche kulturelle Entwicklung nicht möglich ist.

Die Entwicklung der oberschlesischen Montanindustrie datiert erst von der Mitte des 18. Jahrhunderts. Damals begann ein ständiger, durch wirtschaftliche Krisen und Kriege zwar zeitweilig verlangsamter, aber nie ganz unterbrochener Aufstieg des industriellen Teiles von Oberschlesien. Nach dem Übergang Schlesiens an Preußen förderte die neue Regierung vor allem die Eisenindustrie. 1754 wurde der Bau der staatlichen Hütte zu Malapane begonnen; es folgten 1756 die Kreuzburger Hütte, 1768 die Krascheower, 1775 die Jedlitzer Eisenhütte. 1796 kam unter der Bauleitung des Engländers Baildon in Gleiwitz der erste Kokshochofen in Betrieb, nachdem schon im Jahre 1789 Versuche mit Koksroheisen in Malapane gemacht worden waren. Der damit einsetzende Bedarf an Steinkohlen und Koks führte zur Entwickelung des Steinkohlenbergbaues, der in der 1790 eröffneten Königin-Luise-Grube und der 1791 in Betrieb genommenen Grube König bei Königshütte, seine lange Zeit bedeutendsten Vertreter fand. Gleichzeitig wurde der Bleierzbergbau bei Tarnowitz wieder aufgenommen, der Jahrhunderte vorher durch die unterirdischen Wasser zum Erliegen gekommen war. Jetzt wurden sie durch die im Jahre 1788 auf der Grube Friedrich aufgestellte Dampfmaschine, die erste in Schlesien und die zweite auf dem Kontinent, bewältigt. Die Jahrhundertwende sah auch den Beginn der Zinkhüttenindustrie, indem Ruhberg 1798 zu Wessola den ersten Zinkofen Schlesiens in Betrieb setzte.

Alle diese industriellen Neugründungen waren vom Staate ausgegangen. Zögernd, da inzwischen schwere Wirtschaftskrisen hereingebrochen waren, folgte die Privatindustrie. Erst der gewaltige Aufschwung, der mit den Eisenbahnen in das ganze Erwerbsleben kam, ermunterte auch in Oberschlesien zu größeren Unternehmungen. Sie gingen zunächst in der Hauptsache von einzelnen wagemutigen und kenntnisreichen Personen aus oder waren Familienunternehmungen. Noch heute erinnern zahlreiche Namen von industriellen Anlagen an ihre einstigen Schöpfer. Mit dem Jahre 1871 setzte die Gründung der oberschlesischen Aktiengesellschaften ein, die mit ihren reichen Mitteln einen gewaltigen Aufschwung in das ganze Erwerbsleben Oberschlesiens brachten. Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde auf den Koksanstalten mit der Gewinnung der Nebenprodukte begonnen, die eine damals nicht geahnte Bedeutung erlangen sollten. Als jüngster Zweig der oberschlesischen Montanindustrie entwickelte sich ebenfalls seit Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Schwefelsäurefabrikation.

Mit der Brikettierung von Steinkohle wurde 1891 im Rybniker Revier begonnen. Die Verkokung der Steinkohle fand zuerst in Meilern statt. Um 1850 kamen die ersten geschlossenen Oefen in Betrieb. Mit der Gewinnung der Nebenprodukte wurde 1884 in Zaborze begonnen. Die ersten mit Koksofengas arbeitenden Gasmaschinen kamen 1896 auf der Koksanstalt zu Skalley in Betrieb. Im Jahre 1921 wurden 2 208 105 To. Koks und 203 568 To. Zinder gewonnen. Die Erzeugung an Teer, Teerpech und Teerölen betrug 107 511 To, an schwefelsaurem Ammoniak 24 881 To., an Benzol 31 789 To. Die Eisenverfeinerungsindustrie hat allmählich immer Zweige der Eisenverarbeitung umfaßt, ist aber noch einer großen Weiterentwickelung, namentlich auf dem Gebiete des Maschinenbaues, fähig. Die Zinkblechfabrikation begann um 1860; sie lieferte damals im Jahre gegen 9000 To. Zinkblech. Im Jahre 1921 wurden 19 513 To. Zinkbleche hergestellt. Schwefelsäure wurde in Oberschlesien bis 1883 in einem einzigen Werke, der Reckehütte in Rosdzin, hergestellt. Gegenwärtig findet die Verarbeitung der schwefligen Gase der Zinkblende- bzw. Bleiglanz-Rösthütten zu Schwefelsäure auf 10 Anlagen statt, die 1921 129 248 To. 50-grädiger Schwefelsäure erzeugten. Mit der Bleiproduktion ist die Gewinnung von Silber verbunden, da die Bleierze silberhaltig sind. Ihren Höhepunkt erreichte die oberschlesische Silbergewinnung im Jahre 1904 mit 14 707 Kilogramm. Danach ist sie, da die Erze immer silberarmer wurden, stetig zurückgegangen; im Jahre 1921 betrug sie 1661 Kilogramm.

Abgesehen von den Kriegsjahren und einzelnen Jahren, in denen die oberschlesischen Werke unter anormalen Verhältnissen litten, finden wir außer beim Erzbergbau, dessen Vorräte allmählich abnehmen, eine stetige Aufwärtsentwickelung der oberschlesischen Montanindustrie. Aber diese Entwickelung ist nicht so stark, wie sie nach den vorhandenen Naturschätzen und Arbeitsbedingungen hätte sein können. Die oberschlesische Montan-Industrie hat sich langsamer und weniger intensiv entwickelt, als andere gleichartige Industrien Europas. Sie hat insbesondere infolge ihrer ungünstigen Lage weitab von der Meeresküste und leistungsfähigen Wasserstraßen mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, um sich Absatzmärkte zu erobern und ein hohes Maß von Intelligenz, Energie und Ausdauer der führenden Persönlichkeiten war nötig, um ihr den Aufstieg zu ermöglichen, den sie tatsächlich genommen hat. Erst spät hat Oberschlesien den ihm gebührenden Platz an der Sonne errungen. Hierzu bedurfte es auch der Schaffung einer angemessenen Vertretung seiner großen Wirtschaftsinteressen.

Je mehr nämlich die Gesetzgebung die Wirtschaft beeinflußte, um so mehr machte sich der Umstand als ungünstig für die Wirtschaft geltend, daß die moderne Richtung der Zeit immer mehr das Individuum in den Vordergrund rückte und insbesondere in den gesetzgebenden Körperschaften Interessenvertretungen als solche keinen Platz mehr fanden. Daher machte sich für diejenigen, welche gemeinsame Interessen besaßen, mit zwingender Macht das Bedürfnis geltend, sich mit Interessenverbänden zusammenzuschließen und auf die Öffentlichkeit, sowie auf die gesetzgeberische Tätigkeit der Volksvertretungen und auf die Praxis der Verwaltungsbehörden Einfluß zu gewinnen.

Auch die oberschlesische Montanindustrie schuf sich ihre Interessenvertretung in dem Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein. Ursprünglich als technischer Verein ins Leben gerufen und im Jahre 1861 zu einem wirtschaftlichen Verein konstituiert, verwandelte er sich durch das Statut vom 1. Januar 1882 in eine reine Interessenvertretung. Es gelang ihm, in den staatlichen wirtschaftlichen Beiräten eine im großen und ganzen angemessene Vertretung zu gewinnen.

Die Zuteilung des größten Teiles des oberschlesischen Industriebezirks an den polnischen Staat hat die polnisch-oberschlesische Industrie in teilweise völlig neue Verhältnisse versetzt. Oberschlesien ist in das Staats- und Wirtschaftsgefüge Polens nicht, wie einstmals in Preußen, als ein junges, noch wenig entwickeltes Glied eingetreten, sondern es bildet auf Grund seiner natürlichen Faktoren das wichtigste und in bezug auf Entwicklung ein den altpolnischen Industrien zum mindesten ebenbürtiges Wirtschaftsgebiet.

Durch den Krieg und seine Nachwehen sind Produktion und Leistungen, wie überall, auch in Polnisch-Oberschlesien zurückgegangen. Alle Grundlagen sind jedoch vorhanden, daß unter pfleglicher Behandlung die Industrie nicht nur die frühere Höhe wieder erreicht, sondern noch überschreitet.

Zustandekommen der polnischen Mehrheit.

Nationaler Volksverband, Piast und Nationale Arbeiterpartei sind einig.

Die polnische Mehrheit ist zustande gekommen. Nationaler Volksverband, Christlich-Demokraten und Piast haben sich geeinigt, die nationale Arbeiterpartei schließt sich an, die Christlich-Nationalen sind bereit, einer auf dieser Grundlage zustandekommenden neuen Regierung ihre Unterstützung zu leihen.

Den entscheidenden Schritt tat, wie es der Natur der Sache nach notwendig war, die Witospartei. Nach sechsstündigen Beratungen faßten die Volksparteiler am Mittwoch, dem 16. d. Mts., folgende Entschließung:

1. Der Klub der Piasten nimmt nach Anhören den Bericht des Vorsitzenden Witos über die beendigten Unterhandlungen über die Bildung einer auf die Mehrheit der polnischen Parteien, die sich dem Vertrag angeschlossen haben, gestützten Regierung zur bestätigenden Kenntnis.

2. Der Klub der Piasten vertritt die Meinung, daß die Stütze der Sejmmehrheit und der parlamentarischen Regierung Volksparteien, wie die Wyzwolenie-Gruppe, sein müßten, und bedauert deshalb, daß die Wyzwoleniegruppe der Teilnahme an der Bildung der polnischen Mehrheit ferngeblieben ist.

3. Der Klub der Piasten stellt entgegen den tendenziösen Gerüchten eines bestimmten Teiles der Presse fest, daß alle Mitglieder die Pflicht der Solidarität anerkennen, und daß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei die Solidarität und die Unterordnung unter die Mehrheit nicht beseitigen.

Nach dem „Kurjer Poznański“ soll der Klub der Christlich-Nationalen (Dubanowicz-Gruppe) beschlossen haben, seinerseits keinen Vertreter in die künftige Regierung der polnischen Parlamentsmehrheit zu entsenden. Der Klub wird aber der neuen Regierung seine Unterstützung zuteil werden lassen. Der Standpunkt des Nationalen Volksverbandes, der Christlich-Demokraten und der Piasten ist nach dem „Kurjer“ in allen Punkten ein einheitlicher.

Am Mittwoch hat in den Nachmittagsstunden auch die Nationale Arbeiterpartei sich dem neuen Bündnis angeschlossen. Die Mitglieder nahmen den Bericht des Vorsitzenden Dr. Wachowiak über die polnisch-parlamentarische Mehrheit zur bestätigenden Kenntnis.

Die Folge wird höchstwahrscheinlich eine Demission des Kabinetts Sikorski sein. Als die ersten Schwalben des neuen politischen Frühlings, das heißt der Regierungskrise, wurde die Weigerung der Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes, der Volkspartei Piast, der Nationalen Arbeiterpartei und auch der Wyzwolenie-Gruppe angesehen, die es in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses nacheinander ablehnten, das Referat zu übernehmen. Schließlich mußte der Vorsitzende erklären, daß er sich an den Sejmmarschall wenden werde, damit dieser einen Referenten ex officio ernenne.

Tatsächlich handelt es sich bei diesen Vorgängen um einen Boykott der Staatsfinanzen durch den Sejm. Der Führer der Wyzwolenie-Partei, Abg. Thugutt, ist sich darüber klar geworden, daß ein solcher Boykott nichts anderes sei, als eine Bezeigung des Mißtrauens zur Regierung, und hat zugesichert, daß die Wyzwoleniepartei künftig über jegliche Vorlage referieren wolle.

Polnische Außenpolitik.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Warschau, 16. Mai.

Die Spannung, die in den letzten Tagen hier herrschte, da in gewissen Kreisen Gerüchte liefen, daß Polen zu einer gewaltsamen Aktion gegen Danzig schreiten werde, hat sich gelöst. Der Beschluß des Ministerrates, mehr aber noch die allgemeine Erkenntnis der Lage, hat es doch ziemlich sicher erscheinen lassen, daß Polen wohl jedes Mittel wirtschaftlichen Zwanges gegen Danzig in Anwendung bringen werde, daß aber von einem bewaffneten oder ähnlichen Vorgehen gegen die Freie Stadt nicht die Rede ist. Auch in der heutigen Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten war wieder von der Danziger Affäre die Rede. Der Sitzung, die unter dem Vorsitz Dąbskis stattfand, wohnte auch der Vertreter Polens in Danzig, Pluciński, bei, der eine ausführliche Darlegung des Standes der Angelegenheit gab. Außenminister Skrzyński sagte, Polen könne sich mit der augenblicklichen Sachlage hinsichtlich des Hafenrates, der Zölle, sowie der Rechte der Polen in Danzig nicht zufrieden geben. Die Regierung werde danach streben, den Danzigern zu zeigen, daß sie Mittel in der Hand habe, die Danzig zwingen, mit den berechtigten Forderungen Polens zu rechnen. Man werde in allernächster Zeit zu diesen Mitteln greifen, wenn Danzig sein Verhalten nicht ändere. Polen stehe rücksichtslos auf dem Boden des Versailler Vertrages, der durch spätere Konventionen nicht verändert werden könne. Welche Mittel hiermit gemeint sind, hat der Minister nicht gesagt.

Sehr interessant war die Antwort, die Minister Skrzyński auf die Frage eines Mitgliedes der Nationalen Arbeiterpartei gab, was die Regierung in der Angelegenheit der Liquidation des deutschen Besitzes in den ehemals deutschen Teilgebieten mache. Skrzyński gab lediglich eine kurze Darlegung des Standes dieser Angelegenheit vor dem Völkerbund, was naturgemäß den Zorn der Rechten heraufbeschwor. Als Ministerpräsident Sikorski in seiner bekannten Posener Rede ankündigte, daß die Liquidationen binnen eines Jahres erledigt sein würden, hat er sich zweifelsohne über die Notwendigkeit hinweggesetzt, zunächst einmal die Entscheidungen des Völkerbundrates und des Haager Schiedsgerichtes abzuwarten, die doch ihr Urteil über eine ganze Reihe von strittigen Punkten, wie die Behandlung der Optanten und einzelner Kategorien von Ansiedlern noch abzugeben hatten. Es scheint also nach der Erklärung Skrzyńskis, daß die polnische Regierung doch die Notwendigkeit erkannt hat, diese wichtigen Institutionen nicht vor den Kopf zu stoßen. Dies verhindert natürlich nicht, daß die Liquidationen in der bisherigen, auch vor der Posener Rede Sikorskis schon üblichen Form weiter gehen.

Schließlich bildete die Jaworzyna-Frage noch Gegenstand der Beratungen. Selbst Seyda, als Mitglied der Nationaldemokraten, sagte, daß seine Partei wohl alles gern tue, um die Freundschaft mit der Tschechoslowakei zu sichern, daß aber Polen nicht allein es sein dürfe, das immer nachgebe. Sehr scharf war der Vizemarschall des Sejms, Osiecki, der schon vor einiger Zeit im Sejm sich sehr heftig gegen Benesch geäußert hatte. Er warf der tschechoslowakischen Regierung Mangel an gutem Willen vor, und schließlich wurde ein Antrag angenommen, der die polnische Regierung auffordert, in kürzester Frist die Jaworzyna-Angelegenheit beim Völkerbund zur Erledigung zu bringen, da nicht der geringste Anhalt für die Zugehörigkeit dieses Gebietes zu der Tschechoslowakei bestehe.

Im Augenblicke ist Marschall Foch nach Prag gereist, mit der eingestandenen Absicht, den Zutritt Polens zu der Kleinen Entente zu bewerkstelligen. Hierzu ist in allererster Linie nötig, daß sich Polen mit der Tschechoslowakei verständigt und schließlich mit diesem Staate zu einem Bündnis gelangt. Wie man sieht, hat es hiermit noch gute Wege.

Republik Polen.

Fortsetzung der Dresdener Konferenz.

Im Laufe der letzten Tage wurden in Dresden mehrere Konferenzen zwischen der polnischen und deutschen Delegation über den Vertrag betreffs der Staatsbürgerschaft und der Option abgehalten.

Wirtschaftskrieg gegen Danzig.

Der Interministerialausschuß in Warschau hat, wie der „Kurjer" meldet, nach einem erschöpfenden Referat des Ministers Plucinski eine Reihe von Beschlüssen auf dem Gebiete wirtschaftlicher Maßnahmen gefaßt, die Danzig zeigen sollen, daß seine angeblich illoyale Haltung gegenüber Polen seine eigenen Interessen ungünstig beeinflußt.

Der englische Besuch.

Der englische Generalstabschef, Lord Cavan, traf mit seiner Gemahlin und Suite am 16. d. Mts. in Krakau ein. Von Krakau begab sich Lord Cavan nachts nach Warschau, wo er am 17. früh eintraf.

Presseberatungen in Warschau.

(Sonderbericht des „Pos. Tagebl.".)

Am Dienstag um 11 Uhr vormittags wurde im Ministerratspräsidium in Warschau die vom Ministerpräsidenten Sikorski einberufene Pressekonferenz eröffnet. Einladungen zu dieser Konferenz waren an 116 Redakteure ergangen. Auch Vertreter der deutschen Presse hatten Einladungen erhalten und waren ihnen gefolgt.

In der Dienstagvormittagssitzung, die vom Ministerpräsidenten persönlich eröffnet und geleitet wurde, fand eine allgemeine Aussprache über die Not der Presse in Polen überhaupt und über ihre Lage in einzelnen Gebieten des Landes statt. Ein Vertreter aus Danzig schilderte die Lage der Danziger polnischen Presse. Die Aussprache führte zur Wahl zweier Ausschüsse: eines Informationsausschusses und eines wirtschaftlichen Ausschusses. Von einigen Rednern wurde an der Art der Einladung zur Konferenz Kritik geübt und die Unklarheit der Zwecke der Tagung bemängelt.

Am Dienstagnachmittag traten die beiden Ausschüsse zusammen.

Der Informationsausschuß, in dem der Vizeminister und Unterstaatssekretär im Ministerratspräsidium Studzinski den Vorsitz führte, beriet über die Frage, in welcher Weise die Information der Presse durch die Regierung vervollkommnet und ausgebaut werden könnte. Die Aussprache bezog sich zunächst auf die Technik der Information, dann auf ihren Inhalt und Charakter. Einen großen Raum nahm die Kritik an der Tätigkeit der Polnischen Telegraphen-Agentur ein, die, wie sich erwies, sehr viele Wünsche offen läßt. Der Direktor der Agentur suchte in längeren Ausführungen die Angriffe zu widerlegen. Eine lebhafte Erörterung entspann sich auch über die Frage, ob für die eigentliche Presseinformation durch die Regierung eine Zentralisierung erwünscht sei oder die bisherige Methode der Information durch die einzelnen Ministerien beibehalten werden soll. Die Regierung versprach, die gegebenen Anregungen zu prüfen und den Wünschen der Presse nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Die Sitzung des wirtschaftlichen Ausschusses wurde vom Handelsminister Ossowski geleitet. Gesprochen wurde über die materielle Lage der Presse und über die Verbesserung dieser Lage durch Herabsetzung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren und der Eisenbahnfrachtsätze, durch Einräumung von Krediten, durch Aufhebung verschiedener Zölle und Abgaben, die die Zeitungen übermäßig belasten, und durch Maßnahmen, die zu einer Verbilligung des Papiers führen könnten (insbesondere: Verhinderung der Ausfuhr von Zellulose).

Am Abend folgten die Konferenzteilnehmer einer Einladung des Ministerpräsidenten zu einer geselligen Veranstaltung in den Räumen des Ministerratspräsidiums. Das zwanglose Beisammensein in den schönen Räumen gab manchem der Journalisten Gelegenheit, sich mit Fachgenossen und mit Mitgliedern der Regierung über einzelne für die Presse wichtige Fragen auszusprechen. Auch die Vertreter der deutschen Presse machten von dieser dankenswerten Gelegenheit Gebrauch.

In der Schlußsitzung der Konferenz berichteten erst Vizeminister Studzinski und Handelsminister Ossowski über den Verlauf der Ausschußsitzungen. Der Postminister und ein Vertreter des Eisenbahnministers besprachen die einzelnen Wünsche der Presse, soweit sie ihr Ressort betrafen, und sagten weitgehende Erfüllung dieser Wünsche zu.

Dann hielt Finanzminister Grabski einen sehr lehrreichen Vortrag über die Finanzlage des Staates, von der er ein aussichtsreiches Bild entwarf: Die Verschuldung des Staates hat sich vermindert, der Stand der polnischen Valuta ist besser geworden, die Kosten der Lebenshaltung sind in den letzten zwei Monaten nicht so stark in die Höhe gegangen wie zuvor, die Zahl der Arbeitslosen hat abgenommen. Der Minister betonte, daß der April in allen diesen Beziehungen ein besonders glücklicher Monat für Polen war, und daß man zwar nicht ein sofortiges Fallen aller Preise erwarten dürfte, daß aber doch wohl das Schlimmste überwunden sei. Eine Hilfe von außen (Auslandsanleihe) wäre zwar erwünscht, doch sei er, der Minister, überzeugt, daß Polen sich jetzt selbst helfen kann. — Der Vortrag wurde mit großem Interesse angehört und rief lebhaften Beifall hervor.

Nach dem Vortrag des Finanzministers sprach als Vertreter des Außenministers der Vizeminister Strasburger über Polens außenpolitische Lage.

Nachdem die offizielle Tagung geschlossen war, wurde über die Gründung eines Verbandes der Presse in Polen zum Zweck der Zusammenarbeit der Presse mit der Regierung beraten. Die Gründung wurde beschlossen. Eine Aussprache entspann sich über die Frage, ob der zu gründende Verband die gesamte Presse in Polen oder nur die polnische Presse umfassen sollte. Die Mehrheit sprach sich für das Erstere aus, und dementsprechend wurde, gegen einige protestierende Stimmen, auch je ein Vertreter der deutschen Presse in Polen und ein Vertreter der jüdischen Presse in den vorläufigen Vorstand gewählt. Der vorläufige Vorstand des neuen Verbandes hielt unmittelbar darauf seine erste Sitzung ab, in der die Ausarbeitung der Satzungen des Verbandes und die Einberufung der ersten Arbeitssitzung vorbereitet wurde. Eine Abordnung des Vorstandes begab sich zum Ministerpräsidenten, um ihm den Dank der Konferenzteilnehmer für die Organisation der Tagung und die Einladungen zur Teilnahme an ihr auszusprechen.

*

Um den neugegründeten Berufsverband nach Möglichkeit zu unterstützen und dem Vertreter der deutschen Presse im Vorstand des Verbandes das aus den Erfahrungen der deutschen Presse stammende Material zur Verfügung stellen zu können, beschlossen die Vertreter der deutschen Presse in Polen, die an der Konferenz teilnahmen, die Gründung eines Redakteurverbandes der deutschen Minderheitspresse in Polen. Mit der Führung der Geschäfte des Verbandes wurde ein dreiköpfiger vorläufiger Vorstand betraut, als dessen Vorsitzender Herr Dr. Loewenthal-Posen gewählt wurde.

Die Lage in Berlin.

Alle großen deutschen Parteien, außer den Deutschnationalen, sind der Ansicht, daß Deutschland dem Wunsche Curzons stattgeben und ein neues Angebot machen muß. Jedoch ist man ebenso einig darüber, daß die angebotene Summe auf keinen Fall vergrößert werden darf. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. v. Rosenberg, soll mit dem Rücktritt gedroht haben, falls man die Entschädigungssumme vergrößern wolle. Alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß jetzt keine Rede sein könne von einem Rücktritt des Kabinetts Cuno, sondern daß das Kabinett sich bemühen müsse, die Reparationsfrage zur Erledigung zu bringen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid hat sich folgendermaßen über die englische Note geäußert: Der Ton der Note ist sehr scharf, stimmt aber in vielen Punkten mit der von den deutschen Sozialdemokraten an der Note geübten Kritik überein. Das wichtigste ist, daß die englische Note zu verstehen gibt, in welcher Richtung die neuen deutschen Vorschläge gehen sollen. Ein neues deutsches Angebot muß noch von der gegenwärtigen Regierung gemacht werden. Die Sozialdemokraten wünschen keine Kabinettskrise und rechnen damit, daß das Kabinett Dr. Cunos sich zu neuen Vorschlägen entschließen wird, in denen in genauer Weise die Garantien für die deutschen Reparationszahlungen gegeben werden. Die Festsetzung der Garantien muß klar und ausreichend sein. Die Höhe der Reparationssumme selbst kann später festgesetzt werden.

Zusammenkunft Bonar Laws mit Poincaré.

„Evening Standard" meldet, daß die Rückkehr Bonar Laws nach London Ende des Monats erwartet wird und daß sich Bonar Law auf der Rückreise mit Poincaré treffen wird, um mit ihm die Reparationsfrage zu besprechen.

Deutsche Pressestimmen zur englischen Antwort.

Die deutsche Presse, soweit sie den Standpunkt der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums oder der Sozialdemokratie vertritt, ist der Ansicht, daß die Verhandlungen weitergehen. Besondere Hoffnungen knüpft man jedoch nach der Enttäuschung, die die letzte Antwortnote brachte, nicht an diesen fortgeführten Notenwechsel.

Die „Zeit" hält es für angebracht, gerade aus der englischen Antwort eine diplomatische Lehre zu ziehen. „Die französische und englische Antwort haben uns gezeigt, was unsere Note hätte sein müssen. Sie hätte sich mit einer eindrucksvollen Darlegung unserer gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage an die Vernunft und die Einsicht der Völker wenden müssen. Hoffentlich ist gerade diese Lehre noch nicht vergebens gewesen."

Die „Börsenzeitung" bemerkt: „Der Ball ist wiederum Deutschland zugeworfen worden. Wir haben zwei Noten erhalten, aber die Dinge werden durch sie um keinen Schritt weitergebracht. Die Herren Curzon und Mussolini machen viele Worte, nur um von neuem zu zeigen, daß England und Italien sich damit abgefunden haben, die Statisten Frankreichs zu sein."

Der „Börsen-Kurier" urteilt: „Unmögliches kann auch die französische Gewalt nicht möglich machen, von der, in den Noten gar nicht erwähnten, Forderung, daß Rhein und Ruhr von dem vertragswidrigen Druck in absehbarer Zeit befreit werden, kann Deutschland nicht ablassen. Was das Reich vermag, wird hoffentlich mit aller erreichbaren Genauigkeit gesagt werden."

Die „Voss. Zeitung" schreibt: „Nun sieht sich das deutsche Volk einer einheitlichen Meinung der ganzen Welt gegenüber. Denn der englische, französische und italienische Nachrichtenapparat hat inzwischen eine Weltmeinung geschaffen. Es bleibt nichts anderes übrig, als neue Vorschläge zu formulieren, die die Fehler der alten vermeiden und vor allem die Lücken ausfüllen, die von England und Italien präzise bemängelt werden." Das Blatt fordert dabei aber ein enges Zusammenarbeiten des Kabinetts mit den parlamentarischen Parteien.

Die „Germania" fordert: „Wir glauben, daß dieses Schriftstück von deutscher Seite nicht unbeantwortet bleiben darf. Die Aufforderung zur Unterbreitung neuer, erweiterter deutscher Vorschläge ist ein klarer Beweis dafür, daß man auch auf der Gegenseite eher an alles andere als ein Wiederabreißen des langsam angesponnenen Fadens denkt. Der Vorstoß des Kabinetts Cuno hat sein Ziel zum mindesten insofern nicht verfehlt, als die diplomatische Offensive aus dem politischen Stellungskrieg heraus zum gegenseitigen Abtasten der Fronten geführt hat. Der Ruhrkonflikt befindet sich heute im Stadium der Aufklärungsgefechte.

Der „Vorwärts" schreibt: „Deutschland muß den Versuch fortsetzen, in der Frage der Reparationen eine Annäherung an England und Italien zu erzielen. Es ist fraglich, ob die Regierung Cuno ihrem Grundsatz, nichts zu versprechen, was man nicht halten kann, ganz treu geblieben ist, denn sie hat die Aufnahme einer Anleihe von 20 Milliarden für nahe Zeit in Aussicht gestellt, und die Möglichkeit einer solchen Anleihe wird von ernsten Sachverständigen bestritten. Die Frage, ob nicht ein besserer Vorschlag möglich ist, der die Leistungen auf breite Zeiträume verteilt und im Endergebnis die Gegenseite doch mehr befriedigt, bleibt daher ernster Prüfung wert. Hier scheint der Weg zu sein, der schrittweise aus dem Labyrinth hinausführt."

Eintreffen der japanischen Antwort.

Die japanische Regierung hat am Dienstag der deutschen Regierung die Antwort auf deren Note vom 2. Mai zugestellt. In der Antwortnote betont Japan, daß es die deutschen Vorschläge nicht als ausreichend ansehen könne. Da Japan in dieser Frage nicht in demselben Maße interessiert sei wie die anderen alliierten Regierungen, wolle es auf die deutsche Note nicht näher eingehen. Die japanische Regierung drückt aber den Wunsch aus, die deutsche Regierung möge weitere, die Regelung der Entschädigungsfrage ermöglichende Schritte tun.

Der verschärfte Druck im Ruhrgebiet.

Aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird der „Dt. Allg. Ztg." mitgeteilt:

Die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet wird gekennzeichnet durch die Versuche der Franzosen, mit militärisch-politischen Mitteln um jeden Preis einen Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung herbeizuführen. Diesem Zweck diente das Werdener Kriegsgerichtsurteil im Krupp-Prozeß ebenso wie die zahlreichen unerhörten Kriegsgerichtsurteile der letzten Tage. Es ist kein Zufall, daß in der letzten Woche zum ersten Male ein Todesurteil ausgesprochen worden ist.

Von seiten des französischen Pressedienstes in Düsseldorf ist in den letzten Tagen wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß der Druck der französischen Hand auf die deutsche Gurgel sich bis zum äußersten verschärfen würde. Von derselben Stelle ist auch zugegeben worden, daß angesichts der gegenwärtigen politischen Situation es in der Hauptsache nicht mehr darauf ankomme, das Ruhrgebiet wirtschaftlich französischen Interessen nutzbar zu machen.

Die letzten Verordnungen Degouttes verfolgen deshalb auch weniger wirtschaftliche Ziele, sondern sind politischen Ursprungs. Das gilt im besonderen von der Verordnung Nr. 38, die sich inhaltlich mit der Ordonnanz 167 der Rheinlandkommission deckt und die für das Gebiet des Brückenkopfes Düsseldorf und für das Einbruchsgebiet den Paßzwang einführen will. Ob-

---

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Arme Else!" sagte er leise und mitleidig. „Kannst Du Dich nicht zurückziehen, wenn Du elend bist?"

„Das mag Hans-Otto nicht; aber ich glaube, sie bleiben heute nicht so lange; jeder hat doch Vorbereitungen zum Stiftungsfest zu treffen, da alle Fremde bei sich aufnehmen müssen."

Auch die Mama war ganz froh, als die Gesellschaft endlich aufbrach; die Nachricht von dem Eintreffen des hohen Gastes hatte sie doch erregt. Ihr echt märkischer Sinn empfand den Besuch eines gekrönten Hauptes, wenn es auch nicht der eigene Herrscher war, als große Auszeichnung, und sie sorgte sich, daß die Schwiegertochter es so leicht nahm.

„Mamachen, ich darf ja alle Last in Deine Hände legen; wozu soll ich mich denn noch aufregen? Mir ist er ja auch kein Fremder: wie oft hat er als Erbprinz in unserer einfachen Häuslichkeit Tee getrunken und sich wohlgefühlt."

„Aber liebstes Kind," fragte die Schwiegermutter zweifelnd, „brachte dann wirklich die alte Marlene die Teetassen herein?"

„Wer sollte es sonst tun als Marlene mit der großen, weißen Schürze und ihren glattgestrichenen, grauen Haarzöpfchen," lächelte Else. „Du glaubst gar nicht, wie gern er ihre selbstgebackenen Kuchen aß."

„Aber konntet Ihr denn nicht einen hübsch gedeckten Teetisch im Zimmer aufstellen, und konntest Du selbst die Tassen nicht herumreichen?" Die Mama konnte sich nicht über Marlene als dienstbare Fee vor einem Erbprinzen beruhigen.

„Damals hätte sie sich nur die Finger verbrüht," rief Hans-Otto. „Mir war das labbrige Zeug immer gräßlich zu trinken, aber der Prinz schlürfte es, als ob es Nektar wäre. Komm, Mama, ich will Dir einmal das Programm für die Festtage zeigen: Erstens Empfang auf dem Bahnhof ohne Damen, dann Frühstück im Kasino. Am Nachmittag kommt unser Gast hierher, wünscht etwas Musik, wird mit der Hausfrau in Erinnerungen schwelgen — Rainer muß ihm auch vorspielen, er tut ja, als wenn er ein großer Musikfreund wäre, in Wirklichkeit ist er ebenso unmusikalisch wie ich oder ein Dorfkater. Es geschieht nur dem Schwarzkopf zu Ehren. Am Abend fahren wir gemeinsam in meinen sämtlichen Wagen zum Ball; am nächsten Tag ist Rennen und Liebesmahl; nachher zeigen wir uns lieber den Damen nicht mehr, und ich bringe die Königliche Hoheit auf die Bahn."

„Aber der Großherzog muß durchaus noch eine Erfrischung hier einnehmen vor der Nachtfahrt," sagte die Mama eifrig.

Mutter und Sohn vertieften sich sofort in Einzelheiten: man hörte nur Schlagworte wie Hummer, Spargelsalat, Austernspeise und ähnliche gute Dinge.

„Dies Geschlecht kann sich nicht anders freuen als bei Tisch," sagte Else halblaut.

„Höre mal, Maus, geh' Du lieber zu Bett," rief der Ehemann, der scharfe Ohren hatte. „Du siehst aus, wie ein Geist, das kommt von dem unsinnigen Geschreibsel; helfen tust Du uns doch nichts und machst heute schon die zweite bissige Bemerkung. Schlaf' Dich aus, mein Kind, und sei morgen besserer Laune."

„Ich darf mich wohl auch zurückziehen; ich störe Euch doch nur bei Euren kulinarischen Rätseln?" fragte Rainer.

Die Mama nickte nur, und noch im Hinausgehen hörte er Hans-Otto murmeln: „Also, wenn der Großherzog das Morgenzimmer mit der Badestube daran bekommt, muß der Adjutant das blaue haben, der Kammerdiener die kleine Gaststube, der Lakai kann daneben wohnen."

„Da scheint es mir doch praktischer, daß der Lakai nach unten kommt, damit er immer zu Hand ist," schlug die Mama vor, „er kann dann gleich die Treppe ins Küchengeschoß benutzen, um das erste Frühstück zu holen."

„Ganz recht, Mutterchen, nun..." Das übrige verschlang die schließende Tür.

Rainer nahm Elses beide kalte Hände in die seinen. „Gute Nacht, mein liebes, liebes Schwesterchen," sagte er mit dem warmen Ausdruck seiner tiefen, metallenen Stimme, den sie so gern hörte. „Und morgen wird die Sonne wieder scheinen, nicht wahr?"

„Jedenfalls werden wir morgen wieder singen und spielen und uns nicht durch den erwarteten Besuch stören lassen. Wir müssen die Zeit ausnutzen. Wie soll es nur werden, wenn Du wieder fort bist? Wie alles Schöne im Leben, nimmt auch Dein Hiersein ein allzu schnelles Ende." — Sie faltete die Hände über seinem Arm, ihre großen Augen sahen ihn ängstlich an, wie die eines Kindes, das sich im Dunklen fürchtet.

„Du siehst heute alles grau in grau, das machen die bösen Kopfschmerzen. Ich bin ja noch einige Wochen hier, und Berlin ist so nah. Jetzt, da wir uns in treuer Freundschaft gefunden haben, wollen wir auch immer fest zusammenhalten."

„Das wollen wir! Gute Nacht, mein lieber Bruder."

Leise zog sie ihre Hand aus der seinen und glitt unhörbar aus dem von silbernen Mondstrahlen matt erleuchteten Zimmer.

Rainer sah ihr stumm nach. „Kein irdischer Mann ist wohl zart genug für dies Elfenwesen; mein Bruder ist es jedenfalls nicht."

VI.

Als Rainer wenige Tage später in den Garten kam, schallte ihm lautes Jauchzen und Lachen entgegen. Frau Else, die heute nichts von Schwermut und Tränen ahnen ließ, jagte mit den Kindern um den Rasenplatz herum. Annemi, die gleich sehr laut wurde, tobte wie eine kleine Wilde, Wölfchen, auf seinen wackelnden Beinchen, hielt sich an Mamas flatterndem weißen Leinenrock fest, dann warfen sie sich alle drei jubelnd auf den Heuhaufen. Das Gras des kleinen Rasenplatzes war geschnitten, und ehe es Lola als Feinkost bekam, durfte es noch zum Spielen benutzt werden.

Es war ein reizendes Bild! Die hübschen blühenden Kinder, die junge Mutter umschmeichelnd, die wie ihre Schwester aussah. Annemi wollte die Mama mit einem halbfertigen Kranze schmücken.

Rainer sah erst voll Vergnügen zu, dann warf er sich auch in das Heu und tollte mit. Wölfchen ritt jauchzend auf seiner Schulter, und Christian, der die Gartenwege harken sollte, schmunzelte heimlich. Wie vergnügt sie gleich waren, wenn der Herr Rittmeister nicht zu sehen war! (Fortsetzung folgt.)

gleich diese Verordnung vom 8. Mai datiert, ist sie erst am Sonntag mittag von französischer Seite in Essen angeschlagen worden. So weit die Verordnung im Ruhrgebiet bisher bekannt geworden ist, hat sie den Zweck der Einschüchterung nicht erreicht, sondern nur neue Erbitterung gegen die französische Willkür hervorgerufen. Den Franzosen kommt es nicht auf eine Kontrolle des Verkehrs an, für diesen Zweck würden ihre bisherigen Maßregeln auf den Kontrollstellen genügen; sie wollen vielmehr die Bevölkerung mürbe und gefügig machen. Sie wollen aber vor allem die Abschnürung der besetzten Gebiete vom unbesetzten Deutschland völlig durchführen.

Frau von Krupp aus ihrer Wohnung gewiesen.

Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach ist von den Franzosen aus ihrer Villa Hügel bei Essen gewiesen. Das Gebäude war bisher schon zur Hälfte von Offizieren, darunter General Jaqueminot, besetzt.

Am Sonnabend begaben sich Frau von Krupp mit ihrem Sohn Alfred, die Frau des Betriebsratsmitglieds Müller und die Frauen der im Gefängnis befindlichen Direktoren Hartwig, Bruhn und Oesterle zum Hauptverwaltungsgebäude, wo sich im Sitzungszimmer das Direktorium, Mitglieder der Werkleitung und des Betriebsrats eingefunden hatten. Die Redner gaben ihrer tiefsten Entrüstung gegen das Werdener Urteil Ausdruck und richteten warme Worte des Mitgefühls und der Teilnahme an die versammelten Damen, in deren Namen Frau Krupp von Bohlen und Halbach dankte.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie wird Anfang nächster Woche eine Sitzung abhalten, um zu dem Krupp-Urteil Stellung zu nehmen. Innerhalb des Reichsverbandes haben bereits Vorbesprechungen streng vertraulicher Natur stattgefunden.

Das Spiel mit dem Tode.

In Oberhausen sind am Himmelfahrtstag zwei Leute den Franzosen zum Opfer gefallen. Am frühen Morgen wurde ein unbekannter Mann im Stadtteil Lirisch von einem Franzosen erschossen. Gegen 9 Uhr abends wurde der französische Staatsangehörige Nikolaus Eberhard aus Corbach auf dem Wege nach Sterkrade erschossen, weil er, wie ein französischer Posten angibt, auf Anruf nicht stehen geblieben sei. Der Erschossene war auf dem Wege, seinen in französischen Diensten stehenden Sohn zu besuchen.

Postdirektor Demmler aus Duisburg-Meiderich ist, wie W. T. B. meldet, am 8. Mai infolge eines Schlaganfalls, der vermutlich durch Erregung in einer unmittelbar vorhergegangenen Vernehmung vor einer Besatzungsbehörde hervorgerufen worden ist, auf der Straße gestorben.

Revision gegen das Düsseldorfer Todesurteil.

Die Verteidiger des am Mittwoch vom französischen Kriegsgericht Düsseldorf zum Tode verurteilten Schlageter und des zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilten Sadowski haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Weitere Brückensprengungen.

Auf der militarisierten Nordstrecke wurden in der vergangenen Nacht außer der bereits gemeldeten Sprengung zwischen Bottrop und Osterfeld noch zwei weitere Sprengungen vorgenommen. In Oberhausen wurde die Kanalbrücke auf der Eisenbahnlinie Oberhausen—Osterfeld-Süd gesprengt. Dadurch ist der Eisenbahnverkehr unterbunden. Der Täter ist unerkannt entkommen. Weiter wurde auf der Strecke Osterfeld—Hamm die Eisenbahnbrücke bei Nipolshausen gesprengt.

Neue Zechenbesetzungen.

Sonntag morgen wurden die Schachtanlagen Zollern I und Germania II in Lütgendortmund, der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gehörig, von den Franzosen besetzt. Sie sicherten sich vor allem die Kohlen- und Koksbestände.

Am vorigen Monat war, wie bereits mitgeteilt, die Zeche Nordstern von den Belgiern besetzt worden. Die Art der Besetzung hatte derart große Erregung in die Arbeiterschaft getragen, daß sie beschloß, in den Streik zu treten und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil die zur Fortführung des Grubenverkehrs notwendigen zwei Lokomotiven beschlagnahmt worden waren.

Hollands Einspruch gegen ein französisches Urteil.

Wegen der von einem belgischen Kriegsgericht aus Anlaß einer Flugblattverbreitung zur Unterstützung des Abwehrkampfes des Rheinschiffahrtspersonals verhängten viermonatigen Gefängnisstrafe gegen den Sekretär des holländischen Transportarbeiterverbandes, Reimann, hat die holländische Regierung entsprechende Schritte eingeleitet. Auch hat der Verteidiger des Angeklagten gegen das Urteil Berufung angemeldet.

Die Franzosen verhaften den König von Schweden.

Dem „Mannheimer Generalanzeiger" wird berichtet: Aus Anlaß der Beerdigung der Großherzogin Luise von Baden kamen der König von Schweden sowie der frühere Großherzog von Baden durch Offenburg. Dort wurden sie von der französischen Besetzung angehalten und zur Kommandantur geführt, wo sie vom Kommandanten einige Stunden verhört und gefangen gehalten wurden, bis es schließlich der Einsprache des Königs von Schweden gelang, die Freiheit wieder zu erlangen. Der französische Kommandant hat Offenburg verlassen und dürfte vermutlich nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Da die Festnahme des Königs von Schweden eine schwere Verletzung seiner Souveränitätsrechte bedeutet, wird der Vorfall noch ein diplomatisches Nachspiel haben.

Neuer Skandal in Paris.

Steuerhinterziehung eines Nationalistenführers.

In der linksstehenden französischen Presse wird mit besonderer Genugtuung eine Anzeige behandelt, die gegen den Präsidenten des Bloc national, den Vizepräsidenten der Kammer, Arago, wegen Steuerhinterziehung erhoben werden wird. Es wird Arago zum Vorwurf gemacht, daß er dem Fiskus wissentlich falsche Angaben gemacht habe, indem er sein gesamtes Einkommen auf nur 30 000 Franken bezifferte, während er allein als Abgeordneter schon 27 000 Franken bezieht. Arago, der allgemein als sehr vermögend gilt, bewohnt u. a. in einer der feinsten Pariser Straßen, der Avenue du Bois Boulogne, eine besonders luxuriöse Villa. Der Fall erregt in Paris großes Aufsehen.

Eisenbahnerstreik in Belgien.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, nahm der Streik der Eisenbahner in Belgien Montag vormittag sehr große Ausmaße an. In Antwerpen ist infolge des Streiks fast der gesamte Hafenverkehr eingestellt. Ueber 4000 Waggons stehen am Hafen, ohne ausgeladen zu werden. Der Südbahnhof ist gänzlich geschlossen, der Frachtendienst bereits völlig eingestellt. Nach einer Havasmeldung sind die Eisenbahn- und Postbeamten der Reserve einberufen worden, um einen Notdienst aufzunehmen. Im Gewerkschaftshaus in Brüssel fand eine Kundgebung des Syndikats der Eisenbahner statt, nach welcher die Lage sich sehr stark zugespitzt hat.

Einer Meldung des „Oeuvre" aus Brüssel zufolge verschärft sich die Streiklage in verschiedenen belgischen Städten. Gestern veranstalteten die Frauen der Streikenden in Brüssel eine Kundgebung und versuchten in Begleitung ihrer Kinder, persönlich der Königin eine Petition zu überbringen.

Unzufriedenheit unter den fremden Arbeitern.

Im Solde der Franzosen stehende Arbeiter aus Frankreich und dem Elsaß auf der Zeche Alstaden bei Oberhausen haben bis auf 72 die Arbeit gekündigt. Als Grund geben sie an, daß man ihnen 50 000 M. Tageslohn versprochen habe, aber nur 13 000 M. auszahle.

Die französische Unterdrückung im Saargebiet.

Sturm im englischen Unterhaus.

Eine außerordentlich wichtige Debatte fand am 10. Mai im englischen Unterhaus statt. In überraschender Weise gab sich zu erkennen, in welch schnellem Zeitmaß sich die kritische Stimmung im englischen Parlament gegenüber der französischen Gewaltpolitik steigert. Auf allen Seiten gab man der Besorgnis Ausdruck, der Völkerbund dürfe nicht ein Werkzeug französischer Gewaltpolitik werden.

Anlaß zu der Debatte gab das despotische Regiment der Franzosen im Saargebiet, das angeblich „unter dem Schutz des Völkerbundes" steht.

Die Ausnahmeverordnung, die die Saar-Regierungskommission am 7. März zur Knebelung der öffentlichen Meinung im Saargebiet erlassen hat, wurde schon am 23. April im Völkerbundsrat von dem schwedischen Vertreter Branting und dem englischen Vertreter Wood scharf kritisiert. Damals wurde kein Beschluß gefaßt, die „Notverordnung" besteht noch immer weiter und der französische Präsident der Saar-Regierungskommission, Rault, erklärte, daß er selbst im Falle einer Beendigung des Streiks sich nicht verpflichten könne, die Notverordnung aufzuheben.

Gleich nach diesem erfolgreichen Auftreten fuhr Rault nach Paris, um dem Ministerpräsidenten Bericht zu erstatten. Er erhielt von neuem die Anweisung, er möge die ungehinderte Ausbeutung der Saargruben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln herbeiführen. Am 30. April fanden auf Einladung der französischen Grubenverwaltung Verhandlungen statt zur Beilegung des seit dem 5. Februar bestehenden Streiks. Dem Kartellvorsitzenden der freien Gewerkschaften, Kimmritz, erklärte Rault auf seine Erklärung, daß die Wirkung der Verordnung auf die streikenden Bergarbeiter gleich Null sei, daß er dann zu seinem Bedauern gezwungen sein würde, mit noch schärferen Maßregeln, eventuell mit Auflösung der Gewerkschaften durch Beschlagnahme ihrer Gelder vorzugehen. Gleichzeitig erklärte „Echo de Paris", daß die Regierungskommission im Saargebiet Handlungsfreiheit habe und daß es dem Völkerbund nicht zustehe, sie an der Erfüllung ihrer Bestimmung zu hindern. Die französische Regierung müsse selbst über die Wahrung ihrer Rechte wachen.

Im Anschluß an diese Folge von Ereignissen kam nun die Unterhausdebatte. Anlaß zu ihr gab Sir John Simon (liberal). Er lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Raultschen Erlaß, der, wie er sagte, die schwersten Strafen für Akte auferlege, die in anderen Ländern entweder überhaupt nicht strafbar seien oder als ein unbedeutendes Vergehen angesehen würden. Das Saargebiet sei ein dichtbevölkertes Gebiet, das eine fast nur aus Deutschen bestehende Bevölkerung von 700 000 Menschen umfasse. Die Regierung des Saargebiets sei in die Hände des Völkerbundes gelegt worden, es sei daher von Wichtigkeit, daß die britische Regierung zusehe, daß die Gesetze für dieses Gebiet gerechtfertigt werden könnten. Sir John Simon nannte die Verordnung „einen äußerst erstaunlichen Mißbrauch legislativer Autorität", der den Völkerbund der Verachtung und der Lächerlichkeit ausliefere.

Noch schärfer sprach Asquith. Er meinte, ein solch ungeheuerliches Beispiel despotischer Gesetzgebung sei in den Annalen des Despotismus selbst in den schlimmsten Tagen der russischen Geschichte nicht zu finden. Der Erlaß beschmutze das Ansehen des Völkerbundes und gestatte dem deutschen Volk, zu sagen: „Der Völkerbund, wie er augenblicklich zusammengesetzt ist und geführt wird, ist ein Phantom, eine Farce und ein Betrug; er wird von den Franzosen betrieben und beherrscht." Asquith schlug vor, daß die Regierung unverzüglich Schritte unternehmen solle, um eine besondere Sitzung des Völkerbundes einzuberufen, und im Völkerbundsrat vorzuschlagen, daß dieser Erlaß für ungültig erklärt werde und daß die gewöhnliche Sicherung des bürgerlichen Lebens und der Freiheit den Einwohnern des Saargebietes wiedergegeben werde.

Lord Cecil, der eben erst aus Amerika zurückgekehrt war, erklärte, er glaube nicht, daß Asquith über etwas allzu stark gesprochen habe, was ihm als ein Verbrechen von seiten der Verwaltungskommission des Saargebiets erscheine. Der Erlaß müsse sofort zurückgezogen werden. Er müsse gestehen, daß er Zweifel am Saarexperiment gehabt habe. Cecil erklärte mit Bezug auf den Erlaß, eine sehr ernste Lage sei eingetreten. Hier sei eine Aktion unternommen, die wirklich des preußischen Militarismus in seiner schlimmsten Gestalt würdig sei (Beifall bei der Arbeiterpartei), und einige der Entwicklungen, die vor kurzem im Ruhrgebiet stattgefunden hätten, seien derselben Art.

Mit diesen Worten ging Lord Cecil dazu über, seine Meinung über die französische Ruhrpolitik zu äußern. Er fuhr fort:

„Man nehme die Note, die die französische Regierung vor kurzem an Deutschland gesandt habe! Sie sei beklagenswert, sowohl nach Ton wie nach Inhalt. Er bedauere besonders die Tatsache, daß Belgien sich der französischen Haltung angeschlossen habe. Die belgische Regierung und das belgische Volk schuldeten England viel (Beifall), und es sei tief zu bedauern, daß die belgische Regierung es für recht und notwendig gehalten habe, sich in dieser Frage von England zu trennen. Es sei wirklich schwer, Poincarés letzte Note mit der Auffassung zu vereinen, daß die französische Regierung wirklich Zahlungen wolle."

Am Schluß der Saardebatte erklärte im Namen der Regierung McNeill, eine Kritik gegen die britische Regierung in dieser Frage sei nicht berechtigt. Die britische Regierung habe keinen Vertreter im Verwaltungsausschuß, sie sei nur in zweiter und dritter Linie verantwortlich gegenüber dem Völkerbundsrat.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Verordnung gegen den Versailler Vertrag verstößt. Nach ihr wird jeder mit Gefängnis bestraft, der öffentlich den Vertrag von Versailles verächtlich macht. Ebenso, wer den Völkerbund oder dessen Mitglieder oder die Signatarmächte des Friedensvertrages von Versailles beschimpft. Gemeint ist natürlich nur Frankreich, da niemand im Saargebiet daran denken wird, andere Signatarmächte des Versailler Dokuments, etwa Nicaragua oder Liberia, anzugreifen. Mit Gefängnis bis zu fünf Jahren wird auch bestraft, wer die Regierung des Saargebiets, ihre Mitglieder oder die von ihr getroffenen Einrichtungen oder ihre Beamten beschimpft. Asquith hat die Mitglieder des Unterhauses gewarnt, in das Saargebiet zu gehen: ein Wort über die Regierungsmitglieder oder Beamten des Saargebiets, eine Kritik an den vierhundertvierzig Artikeln des Friedensvertrages, und man sitzt im Gefängnis. Ihm selbst seien für die Worte, die er jetzt spreche, fünf Jahre Gefängnis sicher. Er ist im Recht. Denn Artikel 5 der Verordnung sagt ausdrücklich, daß die Strafverfolgung auch dann stattfindet, wenn die Taten außerhalb des Saargebiets begangen sind. Danach könnten auch Keynes und Nitti bestraft werden, weil sie in ihren Büchern den Friedensvertrag von Versailles verächtlich gemacht haben, und auch Lloyd George wird nach seiner letzten publizistischen Tätigkeit gut daran tun, die Grenzen des Saargebiets zu meiden.

Im Saargebiet hat eine autokratische Regierung gegen den geschlossenen Willen der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertreter die Notverordnung erlassen zur Unterdrückung der Rechte und Freiheiten der Bevölkerung. Es fehlt jeder Anlaß zu einem Ausnahmerecht. Niemals ist ein Angriff auf Leib und Leben eines Regierungsmitgliedes oder Beamten vorgekommen. Der Streik hat keinen politischen Charakter. Es ist ein reiner Lohnstreik. Zweimal bereits ist der Lohn der Bergarbeiter herabgesetzt worden. Am 31. Dezember 1922 haben die Bergarbeiter den Tarifvertrag zum 15. Januar 1923 gekündigt. Sie sind dann in Verhandlungen mit der Grubenverwaltung eingetreten. Sie forderten die Wiederherstellung des alten Lohnes. Zur Begründung wiesen sie auf die Teuerung hin. Die Kosten der Lebenshaltung seien 1922 um das 41fache, der Wert des Franken nur um das 36fache gestiegen. Daher seien Lohnabzüge eine schwere Belastung der Arbeiterschaft. Die Bergleute verlangten auch eine bessere Behandlung, eine Beseitigung des Systems häufiger Strafen, der Abzüge, kleinlicher Sparmaßnahmen, politischer Bespitzelung. Da die Verwaltung jedes Entgegenkommen ablehnte, traten die 72 000 Bergarbeiter am 5. Februar in den Streik, der bis heute mit musterhafter Disziplin durchgeführt wird.

Trotzdem hat die Regierungskommission die Notverordnung nicht etwa zurückgenommen, sondern verschärft. Trotz des Drängens der Arbeiter gibt es weder Schlichtungsausschüsse noch Betriebsräte im Saargebiet. Jetzt hat die Regierungskommission sogar die Koalitionsfreiheit beschränkt. Alles dies geschieht in einem Land, das Abstimmungsgebiet ist, dem deshalb weniger als irgend einem anderen die freie nationale Betätigung verkümmert werden darf. Man hat jetzt die französische Besatzungsarmee an der Saar, die vollkommen vertragswidrig ist, etwa auf das Doppelte verstärkt. Aber an der geschlossenen Abwehr der Bevölkerung wird der kleine Rault an der Saar ebenso scheitern, wie der große Poincaré an der Ruhr.

Unterhausdebatte über die englisch-russischen Beziehungen.

Im Unterhause fand am Dienstag die mit großem Interesse erwartete Aussprache über die englisch-russischen Beziehungen statt. Der Zuschauerraum war überfüllt. In der Diplomatenloge zeigte sich Krassin. Die Aussprache eröffnete der Führer der Opposition Mac Donald. Er verlangte die Erledigung der Angelegenheit durch eine gemeinsame Konferenz. Mac Donald erklärte ferner, daß nur, wenn die Sowjets Geld nach England schicken würden, England das Recht hätte, gegen ihre Absicht, die inneren Verhältnisse zu beeinflussen, zu protestieren. In der Diskussion über die Beziehungen Englands zu den Sowjets haben die Vertreter der Arbeiterpartei sich bei der Abstimmung über die Erteilung eines Vertrauensvotums an die Regierung der Stimme enthalten, da die Regierung sich bereit erklärte, Krassin zu empfangen. Krassin, der während der Diskussion im Unterhause anwesend war, erklärte einem Vertreter des „Daily Chronicle", daß er sich an das Außenministerium mit der Bitte wenden werde, eine Unterredung anzuberaumen.

Der englische Marineminister Amery erklärte während einer Rede, daß es für England, falls die Sowjets keine gemäßigtere Haltung annehmen sollten, nutzlos und erniedrigend wäre, mit Sowjetrußland weiterhin offizielle Beziehungen zu unterhalten.

Aus Estland.

Zu den Wahlen in Estland. Aus den vorläufigen Ergebnissen über die Parlamentswahlen ist nach der Estnischen Telegraphen-Agentur zu schließen, daß die stärkste Partei im neuen Parlament der Bauernbund sein wird; an zweiter Stelle kommen die Sozialdemokraten, an dritter die Arbeitspartei. Die estnische Presse stellt eine besondere Lebhaftigkeit unter den deutschen Wählern fest, die in den stark deutsch besiedelten Bezirken Revals außerordentlich zahlreich an den Wahlurnen erschienen seien.

In Reval hat bei den Parlamentswahlen die deutsche Liste den dritten Platz errungen. Der Stimmenzuwachs, den die Minderheiten bis jetzt zu verzeichnen haben, beträgt etwa 45 Prozent. Im allgemeinen ergibt sich das Bild eines starken Anwachsens der Stimmenzahl auf der äußersten Rechten und äußersten Linken.

Die deutsch-estländischen Verhandlungen sind, wie die „Rigaische Rundschau" berichtet, vorläufig abgeschlossen worden. In der Kriegsschädenverrechnungsfrage haben sich beide Regierungen in großzügiger Weise auf einen Ausgleich geeinigt, nachdem in der mühevollen Aufrechnung der gegenseitigen Schäden im einzelnen keine Einigung zu erzielen war. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet worden, das augenblicklich beiden Regierungen zur Ratifikation vorliegt.

Deutsches Reich.

**** Ein Zwischenfall im Deutschen Reichstag.** Am Montag wurde die Erörterung über das Verbot der deutschvölkischen Freiheitspartei fortgesetzt. In der Debatte erklärte der Abg. von Graefe, daß der Reichsregierung die Bestrebungen der deutschen Freiheitspartei genau bekannt wären aus wiederholten Unterredungen, die der Reichskanzler mit Herrn von Graefe und anderen Gesinnungsgenossen, unter diesen mit Roßbach, gehabt habe. Roßbach habe dem Kanzler die Ziele und Zwecke der Selbstschutzverbände, die im Interesse der Reichsregierung lägen, bekannt gemacht. Der Innenminister Oeser setzte sich mit dem Kanzler in Verbindung und wurde von ihm zu der Erklärung ermächtigt, daß der Reichskanzler tatsächlich mehrmals den Abg. Graefe und auch einmal den Oberleutnant Roßbach empfangen habe, der ihm Pläne über die Ertüchtigung der Jugend durch Turnen usw. unterbreitet habe. Er hätte diese Unterredung nicht gewährt, wenn er über die politische Bedeutung Roßbachs damals unterrichtet gewesen wäre. In den Unterredungen mit Herrn von Graefe sei er bemüht gewesen, ihn vor Unklugheiten zu warnen. Diese Erklärung erregte im Reichstage großes Aufsehen, und ein Teil der Sozialdemokraten erklärte, daß die vorliegenden Tatsachen ihr Vertrauen zu dem Kabinett Cuno erschüttert hätten. Der sozialdemokratische Abg. Henke schloß seine Rede mit den Worten: „Die Republik ist in Gefahr!"

Die

ordentliche Generalversammlung

der Aktionäre der Aktiengesellschaft Bank Cukrownictwa findet

am Mittwoch, d. 30. Mai, vorm. 11½ Uhr

in Poznań i. Sitzungssaale d. „Poznańskie Ziemstwo Kredytowe“ statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Versammlung und Berichterstattung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
2. Vorlegung der Bilanz vom 31. Dezember 1922 nebst Gewinn- und Verlustrechnung, sowie Bericht über die Jahresrechnungen.
3. Verlesung des Protokolls der Revisionsgesellschaft „Powiernik“ über die stattgefundene Revision.
4. Genehmigung der Bilanz, Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns sowie über Entschädigung des Aufsichtsrates für seine ganze Amtsdauer und Decharge-Erteilung an Vorstand und Aufsichtsrat.
5. Festsetzung der Gebührnisse des Aufsichtsrats aus § 12 des Statuts für das Jahr 1923.
6. Wahl des ganzen Aufsichtsrats.
7. Beratung eventl. Beschlußfassung über Anträge, welche dem Vorstande in der statutarisch vorgeschriebenen Frist schriftlich zugegangen sind.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung werden **sämtliche Aktionäre** eingeladen. Das Recht der Teilnahme steht denjenigen Aktionären zu, die spätestens **am 5. Werktage** vor der Generalversammlung **bis 6 Uhr** abends **ihre Aktien** und — sofern sie dieselben noch nicht erhalten haben — die **diesbezüglichen Schlußnoten** oder **Depotquittungen** der **Bank Cukrownictwa** bei **unserer Kasse** oder bei einem **polnischen Notar** hinterlegen, welch letzterer auch bescheinigen muß, daß die Aktien, bezw. Schlußnoten, bezw. Depotquittungen der **Bank Cukrownictwa** bei ihm bis zum Schlusse der Generalversammlung in Verwahrung bleiben werden.

Poznań, den 23. April 1923.

Bank Cukrownictwa Tow. Akc.

w Poznaniu.

Komplette

Eletromotortischlerei

mit Treibriemen und Vorgelege

bestehend aus: Abrichtemaschine, Dickenmaschine, Bandsäge, Fräse, Schleifmaschine und Zubehör

sofort gegen Barkasse zu verkaufen.

Näheres unt. M. B. 27 a. d. Geschäftsst. d. **„Bojanowoer Anzeigers“, Bojanowo, pow. Rawicz.**

Einen größ. Posten trockenes

Brennholz

Kloben, Rollen und kesselfertige Stubben habe preiswert abzugeben, auch in kleineren Mengen.

E. Mollner, Holzgroßhandlung,

Jasionna, p. Wronki. [7146



Bock-auktion

der Stammschäferei **Dobrzyniewo-Wyrzysk** Station Osiek

Fleischwoll-Merino

anerkannt von der **Wielkopolska Izba Rolnicza Poznan**, findet statt

Montag, den 4. Juni d. Js., nachmittags 2 Uhr

in **Dobrzyniewo.** [7142

Zum Verkauf kommen zirka **40 Böcke.**

E. Kujath-Dobbertin

in **Dobrzyniewo/Wyrzysk**, Stat. **Osiek.**

---

1 geschlossener, gut erhaltener Kutschwagen,
1 Hühnerhauswagen,
1 Brutapparat, [7147
1 Backapparat Lukullus

bald zu verkaufen.

Brathering, Międzychód, ul. Wroniecka 15.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende Werke und Zeitschriften:

Liebert, Die geistige Krisis der Gegenwart.
Vierkandt, Der Dualismus im modernen Weltbild.
Dr. Bürgers, Die Tuberkulose, ihre Ursachen und Bekämpfung.
Lint, Der Weg zur Einsamkeit. Roman.
Edith Gräfin Salburg, Renate Godeleith. Roman.
Roß, Der Weg nach Osten.
Marx, Röntgenstrahlen, Radium und die Materie.
Dr. Lotze, Jahreszahlen der Erdgeschichte.
G. Keller, Der grüne Heinrich.
Sweers und Croce, Erwerbsgeflügelzucht.
Roedtke, Im Märchenwald.
Dr. Friedlaender, Der Weg zum Käufer.
Mader, Nach den Mondbergen. Erzählung.
Schwaner, Licht-Nächte. 5? Wahr-Träume des Lebens.
Böttner und Vöhl, Fröhlicher Unterricht.
Hadina und Müller-Rüdersdorf, Großböhmerland.
Wagner, Trotzdem. Ein deutsches Spiel in 5 Bildern.
Möbius, Deutsche Göttersagen.
Prellwitz, Vom Frühlingsschaffen. Spruchkarten.
Tintner, Bäckereien und Leckereien.
Seuffert, Kraftfahrzeuggesetz.
Tetzmann's Kontorhandbuch.
Hohenseben, Das deutsche Mädel.
Hohenmarck, Der deutsche Junge.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und Klasing's und **Westermann's** Monatshefte. — **Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. — Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. — Der Bazar** (Frauen-Modeblatt). — **Vobachs Frauen- und Modenzeitung. — Elegante Mode** (14tägig).

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir **direkt an uns** zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für den Monat Juni 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.

Heute Donnerstag Uraufführung des Monumentalfilms:

Das Liebesnest.

Gewaltiges erotisches Drama aus der Gegenwart unter Mitwirkung der allerbesten und beliebten Darsteller wie:

Paul Wegener ● Erich Kaiser-Tietz ● Käte Haag

Lidja Salomonowa mit **Margit Barnay** in der Hauptrolle.

Beginn der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Studentin (Warschauerin) erteilt **polnischen Unterricht.** Zuschr. unter **7137** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gelernter Landschafts-**Gärtner** übernimmt noch das **Zurechtmachen** von Schrebergärten Villengärten, Parkanlagen. Auch werden **Gärten** usw. in laufende oder zeitweise Pflege genommen.

M. Kanikowski, Poznań, ul. Szamarzewskiego 13/15. Gartenhaus I.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 18. Mai, abends 8 Uhr.
Sonnabend, morgens 7 Uhr, vorm. 10 Uhr,
nachm. 4½ Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt
Sabbatausgang abends 8 Uhr 41 Minuten.

Werktags-Andacht.
Morgens 6¾ Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.

Freitag, 18. Mai, abends 7¼ Uhr.
Sonnabend, den 19. Mai, vorm. 10 Uhr.

Tempel des Vereins der Wohltätigen Freunde.

Andacht.
Freitag, d. 18. Mai, abends 8 Uhr.
Sonnabend, vorm. 10 Uhr, nachm. 4 Uhr, abends 8 Uhr 41 Min.
Werktäglich morgens 6¼ u. abends 7½ Uhr.

Festandacht.
Sonntag, d. 20. Mai, abends 8 Uhr.
Montag vorm. 10 Uhr, nachm. 4 Uhr abends 8 Uhr 45 Min.
Dienstag vorm. 10 Uhr mit Seelengedenkfeier, nachm. 4 Uhr.
Festausgang 8 Uhr 47 Min.

Schmiede-einrichtung,

komplett, wird zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an **Paul Heinrich, Rogożno, Kościelna 39.** (7140

---

1 Geldschrank und 1 Fuhrwerkswage

von **Güterverwaltung** zu kaufen gesucht. Angabe über Fabrikat, Größe, Baujahr Tragkraft und Preis erbeten u. Nr. **2576** an Annoncen-Exped. C. B. **„Expreß“ Bydgoszcz.** (71.9

---

1 komplette, garantiert betriebsfähige (7120

Warmwasser-Heizungsanlage

für ein 16 m langes Treibhaus preiswert zu verkaufen.

1 fahrbare Obstbaumspritze

auch zum Desinfizieren von verseuchten Stallräumen und Auskalken von Fabrikräumen.

1 geeichte Viehwage

mit Laufgewicht. Off. u. Nr. **2577** an Annonc.-Exped. C. B. **„Expreß“ Bydgoszcz.**

Gegen Höchstgebot abzugeben:

ca. 160 kg Kienöl,
ca. 100 kg **Metallfußbodenocker,**
ca. 100 kg **Schwefelsäure,**
ca. 50 kg **Schwefelsäure,** chem. rein,
ca. 50 kg **Bleiglätte,**
verschied. and. Farben auch Anilin.

Gefl. Angebote an

Tischlermeister Stein, Wielen.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 17. 5., abends 7½ Uhr: **„Halka“**, Oper in 4 Akten von St. Moniuszko. Gastspiel: Maria Kałuska.
Freitag, den 18. 5., abends 7½ Uhr: **„Die Fledermaus“**, Komische Oper von Strauß.
Sonnabend, den 19. 5., abends 7½ Uhr: **„Maria“**, Oper von Opieński.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.



Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23, Telef. 4019

Arbeitsmarkt

Tüchtigen unverheirateten

Müllergesellen

bei freier Station und gutem Gehalt **per sofort oder 1. Juni gesucht.** Bewerbungen und Zeugnisabschriften sind zu richten an **F. Rosanowski, Grudziądz.**

Perfekte Stenotypistin,

firm in Deutsch u. Polnisch, für **Gutsverwaltung** aufs Land **gesucht.** Offerten mit Gehaltsansprüchen bei freier Station unt. **B. 7122** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. oder 15. Juni, perfektes

1. Hausmädchen

für größeren Landhaushalt.

Leitung der Wäsche, Glanzplätten u. Ausbessern erforderlich. Etwas Schneidern erwünscht. — Zeugnisse mit Angabe der Gehaltsansprüche an

Baronin Lüttwitz, Oleśnica, pow. Chodzież.

Absolventin höherer Gärtnereikurse,

Polin, evangelisch, der deutschen Sprache mächtig, **sucht Betätigung als Praktikantin im Gärtnereifach auf größerm Gut.** — Wäre gegebenenfalls bereit, in Freistunden Unterricht im Polnischen zu erteilen. — Angebote erbeten unt. **„Gärtnerin“ 7126** an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Zuverlässige Buchhalterin,

mit allen Bureauarbeiten vertraut, sucht zum 1. Juni Stellung. Gefällige Zuschriften erbeten unter **„Buchhalterin 7130“** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wir bieten **antiquarisch** in gutem Zustande zum Kauf an:

Halm, Ciceros Reden, geb.
Hofmann, Ausgewählte Briefe von Cicero. I Band, geb.
Dr. Theiß. Vollständiges Wörterbuch zu Xenophon Anabasis, geb.
Weißenborn, Livius ab urbe condita, geb. I. u. III. Teil.
Dr. Eichert, Vollständiges Wörterbuch z. Ovid, geb.
Dr. Nauck, Horaz Oden und Epoden, geb.
Schneidewin, Sophocles Antigone, geb.
Boehme, Thucydides I, geb.
Dr. Fischer, Ciceros Tusculanarum Disputationum, geb.
Dr. Krüger, Horaz Satiren und Episteln, geb.
Dr. Draeger, Annalen des Tacitus, I Band, geb.
Oeuvres de Boileau Despreaux, geb.
Eugen Aram. Ein Roman, geb.
Westermann, Ausgewählt. Reden des Demosthenes. II Band, geb.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Verheirateter

Landwirtsch.-Beamter

dessen Hauptinteresse in der Züchtung von schwarzbuntem Niederungsvieh u. Schweinen liegt, sucht zum 1. 7. oder später Stellung auf mögl. einsamem Vorwerk oder als **Hofbeamter.** Frau, d. poln. Sprache in Wort u. Schrift mächtig, übernimmt Büroarbeiten u. poln. Korresp. Off. sind u. **K. 7125** a. d. Geschäftsst. d. Bl. zu richten.

Möbeltaxen

auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler, Aleje Marcinkowskiego 3b.

Mikroskop für Fleischbeschauer,



sehr gut erhalten und voll gebrauchsfähig, preiswert zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Aus Stadt und Land.

Posen, 17. Mai.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde um 6¾ Uhr vom Vorsteher Dr. von Mieczkowski eröffnet, um kurz nach 7 Uhr wieder geschlossen zu werden. Stadtparlament und Magistrat blieben dann zu einer geheimen Sitzung zurück.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Stadtrat Drozdowicz vom Stadtpräsidenten in sein Amt eingeführt und vereidigt.

Der Versammlungsleiter teilte dann mit, daß die Stadtverordneten Kierski und Suchowiak aus gesundheitlichen Gründen für einige Zeit den Sitzungen fernbleiben werden.

Der erste wichtige Punkt der Tagesordnung war die

Erhöhung der Arbeiterlöhne,

über die Stadtv. Sieradzki berichtete. Der vom Magistrat beschlossenen und vom Finanzausschuß gebilligten 7prozentigen Erhöhung stimmten die Stadtverordneten ohne Widerspruch zu.

Die Mietspreise in Hotels und Pensionaten.

Stadtv. Ziembiński sprach dann als Berichterstatter zu einem Kommunalgesetz, nach dem die Eigentümer, Inhaber und Verwalter von Hotels oder Pensionaten bei der Abgabe von Wohnräumen von den Mietenden nur Mietspreise in einer vom Magistrat festgesetzten Höhe abverlangen dürfen. Für Zuwiderhandlungen sind sogar Gefängnisstrafen vorgesehen. Das Gesetz bedarf zu seinem Inkrafttreten der Bestätigung durch das zuständige Ministerium. Anlaß zu der Einbringung der Gesetzesvorlage gaben in erster Linie die hohen Hotel- und Pensionatspreise.

Die Vorlage stieß auf keinen Widerspruch.

Stadtv. Pluciński begründete dann eine

redaktionelle Änderung in einer Steuersatzung.

Die Änderung ist vom Verwaltungsgerichtshof verlangt worden und besteht in der Umwandlung der „Grundsteuer" in eine „Steuer von unbebauten Grundstücken".

Stadtv. Buggel tritt bei dieser Gelegenheit für eine zweckdienliche Verteilung von Parzellen ein, d. h. für eine der Wohnungsnot tatsächlich steuernde Abgabe.

Stadtv. Sniady hält es für ratsam, gegen die Vorlage zu stimmen, da sie im Falle der Realisierung des im neuen Mieterschutzgesetzentwurf vorgesehenen Mietsplanes, d. h. der allmählichen Erreichung der Vorkriegsnormen, eine große Belastung weiter Kreise bedeuten würde. Der Versammlungsleiter bedeutet dem Redner, daß es sich um eine redaktionelle Änderung handle.

Die Satzung war ursprünglich in der Fassung angenommen worden, daß die Stadt eine Grund- und Mietssteuer einziehen sollte. Die Einziehung der Mietssteuer ist, da keine Deckung der Verwaltungskosten vorhanden ist, aufgegeben worden.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, der die Bewilligung weiterer

Teuerungszulagen für die Emeriten und Beamtenhinterbliebenen

betraf, wurde im Sinne des Berichterstatters erledigt. Die Realisierung der Vorlage erfordert die Ausgabe vieler Millionen.

Über die Bewilligung von Mitteln für die

Verstärkung von Titeln des Hochbaubudgets

für das Jahr 1922 berichtete infolge Abwesenheit des Referenten der Versammlungsleiter selbst. Die Verstärkung beläuft sich auf ungefähr 8 Millionen.

Der letzte Punkt der öffentlichen Sitzung fiel wieder wegen Abwesenheit des Berichterstatters aus. Es handelte sich um die Stellungnahme zum Magistratsbeschluß, an Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung keine Kommunalarbeiten abzugeben usw.

Stadtv. Kowalewski schlug vor, einen anderen Berichterstatter zu bestimmen.

Stadtv. Cofta teilt mit, daß der vorgesehene Referent, Stadtv. Wybieralski, durch eine Amtsreise verhindert sei.

Stadtv. Budzyński tritt für die Bestimmung eines Referenten durch den Magistrat ein, wogegen Stadtv. Buggel protestiert. Die ganze Sache erinnert an eine der letzten Sejmausschußsitzungen, in der auch die Referentenfrage die Gemüter beschäftigte. Die Erledigung der Angelegenheit wurde vertagt.

In geheimer Sitzung wurde dann über den Lubaner Grundstückskauf beraten.

Eine musikalische Feierstunde.

Am nächsten Donnerstag, dem 24. Mai, abends 8 Uhr findet in der evangelischen Christuskirche in St. Lazarus eine musikalische Feierstunde statt, für die sich zwei bekannte Posener musikalische Kräfte, und zwar Herr Hugo Boehmer für den Gesangsteil und Herr Alexander Doering für den Orgelpart, in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben. Die Vortragsfolge, die mit Geschick und Sorgfalt zusammengestellt ist, bietet zusammen mit den beiden bewährten Solisten die volle Gewähr für eine genußreiche erbauliche Stunde. Aus diesem Grunde darf wohl auf einen stattlichen Besuch gerechnet werden. Der Eintritt ist frei. Doch werden am Ausgange Gaben zum Besten bedürftiger Konfirmanden, die am Sonntage nach Pfingsten eingesegnet werden, entgegengenommen. Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß in der Zeit der allgemeinen Teuernng die Ausstattung von Konfirmanden auch nur mit dem Allernotwendigsten selbst solchen Familien schwer fällt, wenn nicht gar ganz unmöglich ist, die in den glücklichen Friedenszeiten es verschmäht hätten, Gaben für derartige Zwecke in Empfang zu nehmen. Deshalb darf wohl damit gerechnet werden, daß dem zu erwartenden ideellen Erfolge der musikalischen Feierstunde auch der materielle nicht versagt sein wird.

✕ **Eisenbahnverkehr.** Die Eisenbahndirektion bittet uns, mitzuteilen, daß für die Pfingstfeiertage auf der Strecke Posen—Ostrowo die Personenzüge Nr. 513 und Nr. 514 verkehren werden, und zwar wird Zug Nr. 513 am 19., 20. und 21. Mai nach folgendem Fahrplan verkehren: Ostrowo ab 5.55 nachm., Posen an 8.55. Zug Nr. 514 wird am 20., 21. und 22. Mai fahrplanmäßig um 9.00 vorm. von Posen abfahren und um 12.04 in Ostrowo eintreffen.

Die Aufnahmeprüfung für die Warschauer Kriegsschule wird, wie die „Gazeta Warsz." erfährt, in diesem Jahre im September stattfinden. Das Examen besteht aus einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung. Nachzuweisen sind Kenntnisse in französischer Sprache, Kriegsgeschichte, Waffenkunde, taktischen Fragen usw. Außerdem muß der Prüfling reiten können.

Ungültigkeit der Kopfpreise für Raubvögel. Wie wir berichteten hatte die Pommerellische Landwirtschaftskammer einen Wettbewerb zur Tötung der der Fischzucht schädlichen Vögel ausgeschrieben und Geldpreise dafür ausgesetzt. Vom Thorner Starosten ist der Wettbewerb für ungültig erklärt worden und zwar bis zur endgültigen Entscheidung durch das Landwirtschaftsministerium. Unter den von der Pommerellischen Landwirtschaftskammer angeführten Vögeln befinden sich nämlich viele, deren Vorkommen recht gering ist und die deshalb Schonung verdienen. Manche sind auch nicht derart schädlich, daß ihre Ausrottung unbedingt erforderlich wäre.

✕ **Wiedereinführung der Montagsviehmärkte.** Laut Beschluß des Verwaltungsgerichts der Wojewodschaft vom 24. April d. Js. werden die Montagsmärkte auf dem Städtischen Viehmarkt in Posen wieder eingeführt.

✕ **Ausfall der Getreidebörse.** Die Getreidebörse am Sonnabend vor Pfingsten, 19. d. Mts., fällt aus.

Eine polnische Briefmarke zu 1000 Mark. Die infolge der Erhöhung des Portos notwendig gewordene 1000-Mk.-Briefmarke ist vor einiger Zeit erschienen. Sie ist nach dem Muster der 100-Mk.-Wertzeichen angefertigt und von braungelber (schwach Sepia) Farbe.

✕ **Schwerer Unfall eines Kindes.** Gestern abend kurz nach 7 Uhr wurde in Górna Wilda (fr. Kronprinzenstraße) der dort spielende vierjährige Knabe Henryk Frąckowiak von einem Straßenbahnwagen der Linie 2 überfahren und so schwer verletzt, daß er nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Er wurde zunächst in die elterliche Wohnung und darauf ins Stadtkrankenhaus gebracht, war aber heut früh noch am Leben. Wen die Schuld an dem Unglücksfall trifft, ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt.

✕ **Als Bahnhofsdieb verhaftet** wurde heut nacht der Arbeiter Leon Sroka aus Winiary auf dem Hauptbahnhofe. Er versuchte zunächst aus dem Wartesaale dritter Klasse einen Korb und eine Reisetasche zu stehlen, wurde jedoch von dem Eigentümer beobachtet, so daß der Spitzbube es vorzog, seine Beute wieder fahren zu lassen und zu flüchten. Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen versuchte derselbe Dieb kurz darauf einen anderen Diebstahl, indem er in den Wartesaal vierter Klasse eindrang und hier sich einen Rucksack mit Sachen aneignete. Jedoch hatte der Gauner entschieden Pech, denn er wurde auch hier beobachtet und warf schließlich seine Beute von sich, um zu flüchten. Er wurde jedoch verfolgt und ergriffen; in seiner Not ließ er seinen Überzieher fahren und flüchtete abermals. Er wurde jedoch mit Hilfe des Publikums zwischen Eisenbahnwägen versteckt aufgefunden und mußte nunmehr trotz seines Leugnens, der Dieb bzw. der Eigentümer des Überziehers zu sein, den Gang zum Polizeigefängnis antreten. Der Korb, den er zuerst stehlen wollte, enthielt Wäsche- und Damenkleidungsstücke im Werte von 56 Dollar, der Rucksack enthielt für ½ Million Mark Wäsche und Leinwandstücke.

✕ **Aufklärung von Diebstählen.** Der in der gestrigen Ausgabe mitgeteilte Diebstahl von Schlosserhandwerkzeug in der ul. Przemysłowa 7 (fr. Margaretenstraße) ist schnell aufgeklärt, die Beute wieder herbeigeschafft und als Täter ein gewisser Edmund Maik festgenommen worden. — Ferner wurde der dieser Tage gemeldete Fleisch- und Wurstwarendiebstahl bei einem Fleischermeister in der ul. Gen. Prądzyńskiego 48 (fr. Gneisenaustraße) im Gesamtwerte von 2½ Millionen Mark aufgeklärt und als Einbrecher der 28jährige Josef Filman verhaftet. — Endlich war noch vorgestern nacht auf dem Gelände der städtischen Badeanstalt ein Einbruch verübt worden, bei dem eine Ziege und drei Hühner gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet wurden. Der Einbrecher hatte dem Hofhunde dessen Hütte, eine Tonne, über den Kopf gestülpt, so daß sein Bellen ungehört verhallen mußte. Als Täter wurde der 22jährige Władysław Jaksch festgestellt und in Untersuchungshaft genommen.

✕ **Eigentümer gesucht.** Bereits zu Beginn des Jahres 1922 wurde durch die Kriminalpolizei ein großer Posten von Korsetts und Untertaillen aus roher Seide als aus Diebstählen herrührend beschlagnahmt. Die rechtmäßigen Eigentümer sind bisher noch nicht ermittelt worden. Die Sachen können im Amtsgericht, Abteilung 12, Zimmer 85, in der Zeit von 11—1 Uhr mittags besichtigt werden.

✕ **Diebstahl.** Aus einer Wohnung in der ul. Szyperska 3 (fr. Schifferstraße) wurde für eine Million Mark Tisch- und Bettwäsche von Einbrechern gestohlen.

□ **Paczkowo (fr. Osthausen). Kreis Posen-Ost.** 17. Mai. Am Sonntag fand hier die Schulzenwahl statt. Es wurde mit 48 Stimmen der Deutsche Jensch gewählt; der Pole Bartkowiak erhielt 11 Stimmen. Das Dorf ist vorwiegend polnisch.

---

* **Bromberg,** 14. Mai. Die letzte Stadtverordnetensitzung am vergangenen Sonnabend begann wieder einmal mit einstündiger Verspätung. Auf der Tagesordnung standen ausschließlich Haushaltspläne, die ausnahmslos angenommen wurden. Zu einem Zwischenfall kam es bei dem Friedhofshaushalt. Bekanntlich sind vor einiger Zeit auf dem evangelischen Friedhof in Schwedenhöhe eine Anzahl von Grabmalstafeln von ruchloser Hand zerstört worden. Als Protest hiergegen verließ bei Punkt 30 die deutsche Fraktion geschlossen den Sitzungssaal und blieb auch der sich anschließenden geheimen Sitzung fern.

* **Krotoschin,** 14. Mai. Die „Krotosch. Ztg." berichtet: Als vor einiger Zeit die Frau Marie Wehner aus Ligota, Kreis Krotoschin, nachts die Chaussee Ligota bis Korytnica passierte, wurde sie von einem Manne überfallen und ermordet. Die Untersuchung führte zur Verhaftung eines mit der Ermordeten in Feindschaft lebenden Mannes, der auch der Tat, trotz seines Leugnens, überführt wurde. Er wurde dem Gerichtsgefängnis in Krotoschin eingeliefert und sieht bei der Fülle der Beweise seiner Aburteilung entgegen. — In der Nacht zum 12. d. Mts. versuchten Einbrecher in die Geschäfts- und Wohnräume des Fleischermeisters Kopczyński, Krügerstraße, einzudringen. Sie lehnten zu diesem Zwecke eine Leiter an die Hausfront. Hierdurch erwachte der Sohn des K. und rief zum Fenster heraus laut um Hilfe. Eine sofort herbeieilende Polizeipatrouille verscheuchte die Einbrecher, und diese flohen unter Zurücklassung der Leiter. Daß es noch nicht 11 Uhr abends war, und die Straßen von Passanten noch belebt waren, verdient besonders bemerkt zu werden.

* **Rawitsch,** 15. Mai. Zur Versteigerung des alten katholischen Pfarrhauses, die gestern nachmittag im Rathause stattfand, fanden sich eine ganze Anzahl Bieter ein. Von der Abschätzungssumme von 5 Millionen ging es schon in den ersten 5 Minuten bis auf 20 Millionen, worauf das Tempo der Steigerung nachließ. Als Höchstbietender behauptete sich Herr Pernak mit 31½ Millionen. Da in den Versteigerungsbedingungen aber eine Stelle enthalten ist, daß der Käufer unter den drei Meistbietenden von der Aufsichtsbehörde gewählt werden kann, so kommen außer Herrn Pernak noch Herr Porakła mit 31 Millionen und Herr Dziekan mit 30 Millionen als künftige Besitzer des Grundstücks in Betracht.

S. **Rogasen,** 16. Mai. In der Nacht zum Dienstag wurde in das Kaufhaus von Górski in der Wielka Poznańska ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Täter hoben den Rolladen des Ladeneinganges soweit hoch, daß sie sich durchzwängen konnten, und ließen ihn hinter sich wieder herunter. Die Luftklappe über der Ladentür war geöffnet, so daß sie durch diese direkt in den Laden gelangen konnten. Die Leitung der beim Öffnen der Tür in Tätigkeit tretenden Alarmglocke wurde durchschnitten, die Tür konnte dann ungefährdet geöffnet werden. Die Einbrecher gingen nun mit Umsicht und offensichtlicher Sachkenntnis vor, indem sie bestimmte Stoffarten und von diesen diejenigen von bester Güte auswählten. Um sich nicht durch das Geräusch der Schritte zu verraten, legten sie Stoffballen auf den Fußboden. Sie füllten zwei Säcke mit Stoffballen und entfernten sich mit diesen unbehelligt.

* **Thorn** 16. Mai. Stud. jur. et. cam. Fritz Müller, ein gebürtiger Thorner, dessen Eltern seit 48 Jahren in Thorn ansässig und polnische Staatsbürger sind, erhielt Montag früh einen vom 5. Mai datierten vom Stadtpräsidenten unterzeichneten Befehl, nach dem er das Gebiet der Stadt Thorn innerhalb fünf Tagen zu verlassen hat. Eine Begründung war nicht angeführt. Er hatte seinerzeit für Deutschland optiert.

= **Wongrowitz,** 16. Mai. Im Dorfe Groß-Rybno bei Welnau feiert am ersten Pfingstfeiertage das Landwirt Leopold Krügersche Ehepaar das Fest der Goldenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist mit seinen 83 Jahren der älteste Landwirt der ganzen Gegend und erfreut sich trotz seines hohen Alters samt seiner genau 80 Jahre alten Gattin noch großer körperlicher und geistiger Frische. Das Jubelpaar ist weit und breit sehr geachtet und beliebt. Der Jubelbräutigam hat an den Feldzügen 1864, 1866 und 1870/71 teilgenommen.

* **Zirke,** 14. Mai. In der Nacht zu Mittwoch hat der Waldarbeiter Redlich von der Försterei Lütchenkrug seine Wohnung, nur mit einem Hemd bekleidet, verlassen, und ist bis heute weder zurückgekehrt noch aufgefunden worden. R., der Witwer ist, war schon über 20 Jahre in der Staatsforst beschäftigt, und stand als nüchterner, fleißiger und gewissenhafter Arbeiter auch bei seinen polnischen Vorgesetzten in Ansehen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz.** 15. Mai. Der Eisenbahnzug Warschau—Posen ging am 10. d. Mts. um 12½ Uhr nachts ab. Zwischen den Stationen Sochaczew und Lowicz auf dem Bahnübergang beim Dorfe Wola, wo der Zug langsam fährt, kam in ein Damenabteil ein maskierter Bandit gesprungen, hielt den Damen einen Revolver entgegen und rief „Hände hoch!" Die eingeschüchterten Damen gaben keinen Laut von sich, der Bandit raubte einen der Gräfin Z. gehörenden ledernen Handkoffer mit Wertsachen, sprang aus dem Zuge und verschwand. Nunmehr wurde die Notleine gezogen. Der Zug blieb stehen und das Gelände wurde abgesucht, doch ohne Erfolg. Der Zug traf in Lodz mit einer Verspätung von zwanzig Minuten ein.

* **Lodz,** 15. Mai. In Doppelehe lebte, wie der „Lodzer Volksfreund" berichtet, ein gewisser Ludwik Kołłątaj, der aus der Gemeinde Piotrowice, Kreis Lublin, stammt. Mit 19 Jahren heiratete er eine gewisse Marja Bogusch, die aber schon nach vier Jahren starb. Nachdem infolge der mangelhaften Pflege eins der beiden Kinder aus dem Leben schied, heiratete K. ein zweites Mal, diesmal die Mariawitin Marja Borowiec, mit der er in der mariawitischen Kirche in Lublin getraut wurde. Diese Ehe war jedoch höchst unglücklich, da K. es sich in den Kopf gesetzt hatte, seine Frau zum Katholizismus zu bekehren, während sie diesem Beginnen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte. Nach einem halben Jahre religiöser Streitigkeiten ließ er seine zweite Frau im Stich und lenkte seine Schritte nach Lodz, wo er eine dritte Ehe mit einer gewissen Marja Cyn einging. Es wäre alles in Ordnung gewesen, wenn nicht eines schönen Tages die zweite Frau auf der Bildfläche aufgetaucht und bei der Polizei vorstellig geworden wäre. Beim Verhör bekannte sich K. nicht schuldig, sondern behauptete, daß er die in der mariawitischen Kirche eingegangene Ehe für rechtsungültig ansehe.

* **Warschau,** 15. Mai. Die hiesigen Fleischpreise sind, der „Rzeczp." zufolge, in den letzten Tagen wieder um 15—30 Prozent in die Höhe gegangen. Das Blatt findet diese Erscheinung um so auffälliger, als die Viehzufuhr ausreichend ist, und auch sonst keine Gründe für eine Preissteigerung vorlägen. — Eine Selbstmordepidemie fordert hier unaufhörlich neue Opfer. Auf dem jüdischen Kirchhof suchte sich die 19jährige Zysla Orlińska mit Sublimat zu vergiften. Der 18jährige Stefan Stopa stieß sich ein langes Messer in der Herzgegend in die Brust. Die 30jährige Teofila Przybyszewska hat sich mit Jod vergiftet, während die 44jährige Laja Hajmwartel Essigessenz trank. Alle Selbstmordkandidaten liegen schwer krank in dem Warschauer Lazarett.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Posen,** 17. Mai. Vor dem Friedensgericht hatte sich am Mittwoch der Privatdetektiv Dekiert zu verantworten. Es wurden ihm schriftliche Beleidigungen vorgeworfen, von denen sich die eine gegen die Polizei, die andere gegen einen Wojewodschaftsbeamten und die dritte gegen den Leiter des Starostwo Grodzkie richtete, der als Zeuge vorgeladen war. Die unter Anklage stehende Korrespondenz des Angeklagten hatte zum Teil einen Wählerlistenkonflikt, im dritten Fall das Fehlen der Straßennummer am Starostwo Grodzkie zum Hintergrund. Der Angeklagte betonte, daß er nur die Absicht gehabt habe, auf Unzulänglichkeiten hinzuweisen, überdies auf nicht öffentlichem Wege. Der Gerichtshof gestand dem Angeklagten das Beschwerderecht zu, sah aber in seinem Verhalten eine Ueberschreitung der zu beobachtenden Grenze. Es verurteilte den Angeklagten im zweiten Fall zu 5000 M. und im dritten Fall zu 6000 M. Geldstrafe. Im ersten Fall wurde wegen Mangels eines kompetenten Strafantrags auf Freisprechung erkannt.

= **Wegen Eierschiebungen nach der Tschechoslowakei** wurde der Kaufmann Max Endler aus Sebnitz zu 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 100000 Mark Geldstrafe, fünfjährigem Ehrverlust und Entziehung der Handelserlaubnis verurteilt.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

H. K. in P. Sie müssen die Einreisegenehmigung bei Ihrem Starosten nachsuchen. Ob Sie diese erhalten werden, können wir Ihnen nicht sagen.

Ansiedlung. 1. In diesem Falle ja. 2. Derartige Versprechen sind nur bindend, wenn sie schriftlich erfolgt sind. 3. Zurzeit ganz ausgeschlossen. 4. Auf eine entsprechende Entschädigung für die von Ihnen geleistete Arbeit haben Sie Anspruch. 5. Das können wir Ihnen nicht sagen.

B. B. 100. In Polen gibt es noch kein der heutigen Geldentwertung Rechnung tragendes Mieterschutzgesetz. Das alte Gesetz vom 18. 12. 1920 setzt die Miete auf das Doppelte der Vorkriegsmiete fest; diese Sätze sind jedoch in der Praxis bereits erheblich überholt worden. Die Mietseinigungsämter stellen sich heut meist auf den Standpunkt, daß sie das 200—250fache der Friedensmiete für angemessen erachten. Außerdem hat der Mieter die Nebenkosten für das Wasser, Treppen- und Flurbeleuchtung usw. anteilig zu tragen.

J. J. in R. Sanitätsrat Dr. Mutschler in Posen, Wesoła 4 (fr. Am Kinderspielplatz). Ihre zweite Anfrage ist zu bejahen.

P. R. in Sch. Diese Artikel dürfen nur mit Genehmigung des Urząd dla Handlu Zagranicznego in Posen, ul. Skarbowa 10 (fr. Luisenstr.) eingeführt werden. Die Genehmigung wird aber nicht nur an staatlich geprüfte Apotheker erteilt.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Die polnisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.** Die einleitenden Verhandlungen zum Zweck des Abschlusses eines polnisch-englischen Handelsvertrages sind im Begriff zum Abschluß zu kommen. Die Verhandlungen werden in London stattfinden, wo eine polnische Sonderdelegation sich in nächster Zeit einfinden wird. Herr Skirmunt, der polnische Gesandte in London, wird den Vorsitz dieser Delegation übernehmen.

♂ **Poznański Bank Ziemian** hielt eine Generalversammlung ab, in der die Bilanz und die Gewinn und Verlustrechnung bestätigt wurden. Der Reingewinn beträgt nach Abschreibung aller Immobilien, Speicher, Mobilien, Säcke und Maschinen zu je 1 M. 302 438 071 M. Die Gesamtumsätze hoben sich von 26 Milliarden im Jahre 1921 auf 140 Milliarden im Jahre 1922. Die Gewinne gliedern sich in folgende wichtigsten Posten: Prozent- und Provisionskonto 200 Millionen, Effektenkonto 41 Millionen, Auslandsvalutenkonto 68 Millionen, Warenkonto 1013 Millionen. Vom Reingewinn gelangt eine Dividende von 50 Prozent zur Auszahlung. Für den Reservefonds wurden 171 Millionen bestimmt, so daß sie zusammen mit dem Aktienkapital 600 Millionen Mark betragen. Für soziale Zwecke wurden 20 Millionen angewiesen.

♂ **Die Frankfurter Herbstmesse** wird in der Woche vom 23. bis 29. September stattfinden. Meldeschluß ist am 9. Juni.

♂ **Die Ausdehnung der Frankenwährung im Saargebiet.** Vom 8. d. Mts. ab werden im Saargebiet Tabakerzeugnisse in Franken verkauft, infolge der in Kraft getretenen Tabaksteuer in Frankenwährung. Dadurch ist eine erhebliche Verteuerung gegenüber den bisherigen Markpreisen eingetreten.

Verkehr.

♂ **Der Memeler Schiffsverkehr.** Im 1. Vierteljahr 1923 sind in den Memeler Hafen eingelaufen 89 Schiffe mit 77 500 Kubikmeter Nettoraumgehalt. Ausgegangen sind 100 Schiffe mit 88 600 Kubikmeter Raumgehalt. Im Januar liefen in den Hafen ein 35 Schiffe, von denen nicht weniger als 29 unter deutscher Flagge fuhren, 2 unter lettländischer und schwedischer und je eins unter polnischer und österreichischer Flagge. Außer den angegebenen Schiffen liefen bekanntlich in den Hafen ein englischer Torpedobootszerstörer, ein englischer Transporter, drei französische Torpedoboote und ein französischer Transporter. Ausgegangen sind im Monat Januar 36 Schiffe. Im Jahre vorher waren im Monat Januar 59 Schiffe ausgegangen, in diesem Jahre also 23 Schiffe mit einer Tonnage von 23 000 Kubikmetern netto weniger. Im Monat Februar betrug der Eingang an Dampfern 24, der Ausgang 31. Davon fuhren unter deutscher Flagge 17 Schiffe ein und 23 aus. Im März sind eingegangen 30 Schiffe, davon 23 unter deutscher und 2 unter Danziger Flagge; ausgegangen sind 33 Schiffe, von denen 24 die deutsche, 2 die Danziger und 3 die lettländische Flagge führten, je eins die dänische, litauische und memelländische Flagge. Der Auslauf war in diesem März 11 Schiffe weniger als im Vorjahr.

Industrie.

⊙ **Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G., Breslau.** Dem Geschäftsbericht der Gesellschaft für 1922 entnehmen wir folgende Ausführungen: In das abgelaufene Geschäftsjahr fiel die endgültige Vereinigung mit der ehemaligen A.-G. Lauchhammer, durch die zu unseren Lokomotiv-, Waggon- und Maschinenfabriken in Breslau, Köln-Ehrenfeld und Warmbrunn das Eisenwerk Lauchhammer mit dem Fernkraftwerk und dem Braunkohlenbergwerk bei Lauchhammer, das Eisenwerk Burghammer, das Stahlwerk Torgau, das Eisen- und Stahlwerk Gröditz und das Stahl- und Walzwerk Riesa traten. Die Zusammenfassung der Betriebe wird durch die Errichtung einer Zentralverwaltung in Berlin sichergestellt. Die Werksprogramme ergänzen sich in überaus glücklicher Weise, so daß wir nunmehr in der Lage sind, Eisenbahnwagen, Lokomotiven und Maschinen und alle ihre Teile in eigenen Werkstätten auf der Grundlage von Schrott, Roheisen und Holz zu erzeugen. Der Umsatz sämtlicher Werke betrug in 1922 24 585,69 Mill. M. gegenüber 1531,61 Mill. Mark im Vorjahre. Die Verfeinerungsbetriebe haben nach außen in 1922 83 399 Tonnen, die Hüttenbetriebe 235 801 Tonnen geliefert. Lieferungen der Betriebe untereinander sind dabei nicht berücksichtigt. — Der Bruttogewinn einschl. Vortrag betrug 5768,54 (225,74) Mill. M. Nach Abzug von u. a. 844,87 (36,93) Mill. M. Handlungsunkosten, 909,15 (28,85) Mill. M. Steuern, 2402,34 (9,35) Mill. M. Abschreibungen, darunter 1296,78 (8,69) Mill. M. auf Maschinen sowie nach Zuweisung von 440 (60) Mill. M. an das Werkerhaltungs- und Wertberichtigungskonto, von je 100 (—) Mill. M. an die Rücklagen für Ruhegehaltseinrichtung und Arbeiterunterstützungen verbleibt ein Reingewinn von 663,22 (37,42) Mill. M., woraus, wie bereits mitgeteilt, 240 (24) Prozent Dividende verteilt werden sollen. In die Bilanz sind die sämtlichen Aktiven und die wahren Passiven der früheren A.-G. Lauchhammer einverleibt. Ausgegangen wurde dabei von der der Fusion zugrunde liegenden Lauchhammer-Bilanz vom 30. Juni 1921. Um einen besseren Vergleich der einzelnen Posten mit dem Vorjahre zu ermöglichen, haben wir auch die Zahlen der Lauchhammer-Bilanz herangezogen. Es erscheinen u. a. 6659,02 (226,67 bzw. 35,36) Mill. M. Baustoffe und halbfertige Waren, 120,86 (0,46 bzw. 0,65) Mill. M. Barbestände, 187,70 (169,14 bzw. 0,51) Mill. M. Effekten und Beteiligungen, 13 222,53 (489,02 bzw. 141,03) Mill. M. Debitoren, 13 391,95 (171,78 bzw. 67,36) Mill. M. Kreditoren, 4290,96 (187,67 bzw. 5,79) Mill. M. Anzahlungen. — Der bevorstehenden Generalversammlung wird auch eine Kapitalserhöhung um 350 Millionen Mark vorgeschlagen, ferner die schon angekündigte Verschmelzung mit der Archimedes A.-G., außerdem eine Reihe Statutenänderungen.

⊙ **Die Lage der ostoberschlesischen Industrie.** Die ostoberschlesische Industrie ist nach einem Bericht des „Industrie-Kurier" noch gut beschäftigt, soweit es sich um Lieferungen für die Eisenbahn, beispielsweise Eisenbahnschienen, handelt. Die Belebung des Marktes, die infolge der Ruhrbesetzung eintrat, war sehr schnell vorüber. Die Aufträge sind in bedenklichem Umfange zurückgegangen, insbesondere auf Röhren und Feinbleche. Neben Aufträgen aus Deutschland sind auch die aus Böhmen ausgefallen. Die böhmische Konkurrenz geht in der Herabsetzung ihrer Preise und der Gewährung besonders günstiger Rabattbedingungen soweit, daß sie allem Anschein nach sich auf einen großen Konkurrenzkampf eingestellt hat. Es droht bereits ganz ernstlich die Gefahr von Betriebseinschränkungen. Die bisherigen geringen Preisabschläge haben auf den Absatz keinen wesentlich fördernden Einfluß ausüben können. Ein weiterer Preisabbau wäre nur möglich, wenn die Kohlenpreise herabgesetzt werden könnten, das heißt, wenn neben einer Ermäßigung der Kohlensteuer auch ein gewisser Abbau der Löhne eintreten könnte. Gegen einen derartigen Abbau, der bisher noch gar nicht in den Bereich von Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gerückt ist, haben aber von vornherein die Arbeitnehmerorganisationen so scharf Stellung genommen, daß man von einem Versuch, in dieser Hinsicht etwas zu erreichen, schwere Kämpfe befürchten muß.

⊙ **Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen.** In der Aufsichtsratssitzung wurde die Bilanz für 1922 vorgelegt. Sie schließt nach Abzug der erforderlichen Abschreibungen (im Vorjahre 145 529 344 M.) mit einem Reingewinn von 3 901 410 812 (168 745 079) M. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, dem Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds 100 (10,46) Millionen Mk., dem Arbeiter-Pensionsergänzungsfonds 450 (23,96) Mill. Mk. und dem Beamten-Pensionsergänzungsfonds 450 (20) Mill. Mk. zuzuweisen und eine Dividende von 300 (30) Proz. = 3600 Mk. auf eine Aktie von 1200 Mk. und 1800 Mk. auf eine Aktie von 600 Mk. zu verteilen.

Von den Märkten.

(Ohne Gewähr.)

Pferde. In Krakau wurden gezahlt (in 1000 Mkp.): Luxuspferde das Paar 7000 bis 8000, große Arbeitspferde 5000 bis 6000, kleinere 4000 bis 5000, Bauernpferde 3000 bis 4000, Schlachtpferde 500 und mehr. Tendenz schwach.

Häute. In Posen wurden nachstehende Preise notiert (in 1000 Mkp.): Rind (gesalzen) 5, Kalb (pro Stück) 60, Hammel 4,5, Pferd (pro Stück) 110, Ziege 40, Winterhasen 10, Kaninchen 7,5, Zicklein 10, gegerbte Häute: Sohlenleder 35, Boxkalf-Oberleder 13 bis 14, Schäftleder 30, Möbelleder pro Fuß 13,5. Tendenz ruhig.

Petroleum. In Krakau wurden pro Kilo loko Krakau gezahlt: Naphtha 1700, Erdöl hell 1610, mittel 2910, Schweröl 3420, Zylinderöl Gattung P. 2770, Leichtbenzin 6260, Schwerbenzin 2850, Tovotta-Fett 3390, Apothekervaseline 4260, Vaselinöl weiß 9000, Gasöl 1370. Tendenz seit den letzten beiden Wochen fest, Nachfrage und Angebot mittel.

Danziger Mittagskurse vom 17. Mai.

Die polnische Mark in Danzig	92—93½
Der Dollar in Danzig	45 500—46 000

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

	17. Mai	16. Mai
Bankaktien:		
Bank Poznański I.—II. Em. . . .	3500—3600	3000
Bank Przemysłowców I. Em. . .	—,—	12 000—11 000—11 500
Bank Zjednoczenia I. Em.	7500	7000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	17 000—16 000	17 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	12 000	13 000
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em. (o. Kupons)	3900-3650-3750	3800-3500-3800
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	600	—,—
Bank Młynarzy	1700—1600	1300
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz	8000—7500	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	9000—8300	8500—9000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. (o. Kup.)	4000	4000
R. Barcikowski I.—IV. Em. . . .	4000—5000	3500
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	48 000—50 000	38 000—41 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	— —	11 000—10 000
H. Cegielski I.—VIII. Em. (St. abgest.)	5500-5800-5900	5000—6000
Centrala Rolników I.—IV. Em. .	4000	3500—4000
Centrala Skór I.—IV. Em. . . .	10 000—12 000	8200—9000
Dębienko I.—II. Em.	9500—10 000	—.—
C. Hartwig I.—V. Em.	4500-4000-4500	4000—4500
Hartwig Kantorowicz I. Em. . . .	34 000—33 000—35 000	32 000—33 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	800	—.—
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	850—900	775—850
Hurtownia Skór I.—III. o. Kup. .	5000	5000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . .	26 000—27 000	—,—
Juno I. Em. (o. Kupons)	6000	5000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	200 000	200 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	80 000—75 000	80 000
Młyn Ziemiański I. Em.	13 000—12 500	12 000—13 000
Orient I.—II. Em.	2400—2500	2000-2400-2200
S. Pendowski I. Em.	5400-5000-5500	4500—5000
Płótno I.—II. Em. (exkl. Kupon) .	4200—5000	4200—4300
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	17 000—19 000	—.—
Patria I.—VII. Em.	7200-7800-7600	6800—7000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. o. Kup.	28 000—29 000	27 500—28 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	20 000	—.—
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em. .	5500	5000—5500
Tkanina I.—IV. Em.	8000	—.—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	28 000—31 000—30 000	29 000—30 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	13 000	13 000—13 500
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	4800—4200	5000
Wyroby Chemiczne	31 000—32 000	30 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em. (exkl. Kupon)	18 000—18 500	16 000—17 000

‡ **Die polnische Reichsbank** zahlte am 15. Mai für Goldmünzen folgende Preise: Rubel 22 463, Reichsmark 10 401, österr. Kronen 8815, Dollars 43 673, Pfd. Sterling 212 507, skandinavische Kronen 11 701, holländische Gulden 17 552, österr. Dukaten 99 893, belgische und holländ. Dukaten 99 661, 1 Gramm Feingold 29 022.

Warschauer Börse vom 16. Mai.

Devisen:

Belgien . . .	2770—2760	Paris	3210—3195
Berlin	1.10—1.09	Prag . . .	1447½—1435
London .	222 950—221 500	Schweiz	8650
Neuyork	47 750	Wien	69—66¾
Holland . .	18 750—18 775	Italien . . .	2350—2330

Berliner Börsenbericht

vom 16 Mai.

Disk.-Komm.-Anleihe .	28 500.—	Polnische Noten	91.—
Danz. Priv.-Aktienbank	14 000.—	Auszahlung Holland . .	17 775.—
Hartmann Masch.-Aktien	40 000.—	„ London . .	21 000.—
Phönix	182 500.—	„ Neuyork . .	45 375.—
Schuckert	160 000.—	„ Paris . . .	3 026.—
Hapag	92 600.—	„ Schweiz . .	8 180.—
3½% Pos. Pfandbriefe .	1 600.—	Ungarische Goldrente . .	—.—
Auszahlung Warschau .	90.—		

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: i. V.: Dr. Martin Meister; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. V.: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.